

9. November 2008
9. November 1938

70 Jahre nach der Reichspogromnacht
Solidarität mit den Opfern des
deutschen Antisemitismus und Rassismus

„Es ist geschehen
und folglich kann es
wieder geschehen.“

Primo Levi

9. November, 14 Uhr
Mahnmal Levetzowstraße
Kein Vergessen! Kein Vergeben!
Gedenkkundgebung und
antifaschistische Demonstration in Moabit

8. November, 10 Uhr
Mehringhof/Gneisenaustr. 2a
„Kein Vergeben - Kein Vergessen!“
Gedenkpolitische Konferenz
Info: www.aim-berlin.de.vu
Kontakt: volltagegen@gmx.de



Antifaschistische Initiative Moabit [AIM]
www.antifa-moabit.de.vu



Editorial

70 Jahre sind vergangen seit der Pogromnacht vom 9. November 1938, als in Deutschland Synagogen brannten und Jüdinnen und Juden terrorisiert, verschleppt und ermordet wurden. Mit unserer alljährlichen Gedenkveranstaltung wollen wir an diesen Tag erinnern und gleichzeitig eintreten gegen Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus.

Im offiziellen deutschen Gedenkkalender droht der 9. November 1938 nach und nach zu verschwinden. Wenn in diesem Jahr noch der 70. Jahrestag begangen wird, so ist zu befürchten, dass im nächsten Jahr vor allem der 20. Jahrestag des Mauerfalls gefeiert wird. Auch gegen diese Entwicklung wendet sich unsere Veranstaltung. Der 9. November ist kein Tag zum feiern und sollte es auch nie werden, diesen Respekt sind wir den Ermordeten und ihren Angehörigen schuldig.

Wir freuen uns, dass auf unserer Auftaktkundgebung Walter Kaufmann als Zeitzeuge sprechen wird. Als Kind wurde er mit den Kindertransporten aus Deutschland nach Großbritannien gerettet. Heute ist er 84 Jahre alt und wird uns über sein Leben berichten.

Antifaschistische Initiative
Moabit, Mitglied im Berliner
VVN-BdA

Unterstützer_innen:
Antifa Prenzlauer Berg,
Initiative gegen das Chip-
kartensystem, Antifa TU,
Gruppe TOP Berlin

Inhalt

Aufruf zum 9. Nov. 2008
>> Seite 2/3

Augenzeugenberichte >>
Seite 4

Entschädigung für grie-
chische NS-Opfer
>> Seite 5

Die Demokratie der
Gedenktage
>> Seite 6

Debatte um neue Bundes-
gedenkstättenkonzeption
>> Seite 7

Konferenz "Perspektiven
linksradikaler Erinnerungs-
politik"
>> Seite 8

Berlin plant neues "Ausreise-
lager"
>> Seite 9

Aufruf zum Columbiadamm
>> Seite 10

Antifa-Event statt Nazi-
Advent
>> Seite 11

Infos + Termine
>> Seite 12



Mahnmal für die ehemalige
Synagoge in der Levetzowstraße

70. Jahrestag der Reichspogromnacht

Wir rufen auf zu einer Demonstration und Gedenkkundgebung zum Andenken an die Opfer der Reichspogromnacht und des Holocaust.

Wir rufen auf zu einer Demonstration gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus.

„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.“ *Primo Levi*

Am 9. November 1938, vor 70 Jahren, brannten in Deutschland und Österreich die Synagogen, jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden überfallen, demoliert und geplündert. Jüdinnen und Juden wurden von fanatischen Nazis gedemütigt und geschlagen, vergewaltigt und ermordet. Insgesamt wurden im deutschen Reich bis zu 30.000 jüdische Männer verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt, etwa 7.500 jüdische Geschäfte wurden überfallen, geplündert und zerstört, fast alle Synagogen wurden beschädigt oder zerstört und mindestens 100 Menschen wurden in dieser Nacht ermordet.

Der 9. November 1938 war ein Einschnitt in vielfältiger Hinsicht.

Innerhalb des NS-Systems waren die Pogrome eine entscheidende Etappe auf dem Weg von der Ausgrenzung und Entrechtung der Jüdinnen und Juden in Deutschland, hin zu ihrer Deportation und Vernichtung. Vorausgegangen waren bereits fünf Jahre nationalsozialistische Herrschaft und damit eine „Judenpolitik“, die von Beginn an darauf ausgerichtet war, Jüdinnen und Juden zu diskriminieren, zu denunzieren, zu entrechten und aus der Gesellschaft auszuschließen. Ihre Geschäfte wurden gekennzeichnet und boykottiert, ihre Bücher verbrannt. An Restaurants, Hotels und öffentlichen Einrichtungen waren Schilder angebracht: Für Juden verboten. Die Nürnberger Gesetze von 1935 stellten Heirat und persönliche Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden unter Strafe. Zahlreiche Berufe durften von Juden nicht mehr

ausgeübt werden, Kinder wurden vom Schulbesuch ausgeschlossen und Jugendliche konnten keine Berufsausbildung absolvieren. Die Juden waren innerhalb von fünf Jahren zu Menschen zweiter Klasse geworden und gezwungen in einem gesellschaftlichen Ghetto zu leben. Der nationalsozialistischen Öffentlichkeit, die sich inzwischen als „Volksgemeinschaft“ definierte, erschienen sie zunehmend als Fremdkörper, als Störenfriede und Sündenböcke.

Das Jahr 1938

Dennoch versuchten viele sich mit ihrer Lage zu arrangieren. Sie glaubten, dass der Höhepunkt der Diskriminierung nun erreicht sei und es nicht noch schlimmer kommen könnte. Das Jahr 1938 beendete diese Illusion. Die anti-jüdischen Maßnahmen wurden drastisch verschärft und die Situation für Jüdinnen und Juden immer unerträglicher. Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 wiederholte sich dort im Zeitraffer, was in Deutschland in den fünf vorangegangenen Jahren geschehen war. Die Annektierung des Sudetenlandes am 1. Oktober 1938 und die damit einhergehende Zerschlagung der Tschechischen Republik verschärften zusätzlich die Stimmung. Die jüdische Bevölkerung wurde immer offensiver diffamiert, angefeindet und zum Auswandern gedrängt. Im Oktober 1938 gingen die Nazis massiv gegen Juden polnischer Herkunft vor, indem sie 17.000 Menschen über die polnische Grenze absobten. Die polnische Regierung verweigerte ihnen aber die Einreise und so waren sie gezwungen in Lagern im Grenzgebiet unter katastrophalen Bedingungen auszuharren in der Gefahr zu verhungern und zu erfrieren. Herschel Grynszpan, ein junger polnischer Jude, der in Paris lebte und dessen Eltern zu den Deportierten zählten, war so erschüttert und wütend, dass

er sich einen Revolver besorgte, am 7. November in die deutsche Botschaft eindrang und dort den Sekretär Ernst vom Rath niederschoss. Diese Verzweigungstat diente als Vorwand, ein landesweites Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung zu inszenieren. Bereits am Tag nach dem Attentat erschien ein hetzerischer Leitartikel im Zentralorgan der NSDAP, dem Völkischen Beobachter: „Es ist klar, dass das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, (...) während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen (...).“ Eine Aktion zur endgültigen Entfernung der Juden aus dem Wirtschaftsleben war längst geplant. Als vom Rath am Abend des 9. November seinen Verletzungen erlag nutzte die NS-Führung geistesgegenwärtig die Gelegenheit. Alle Staatspolizeistellen erhielten in einem geheimen Fernschreiben die Anweisung: „Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. (...) Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 – 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.“ SA-Trupps machten dann den Anfang, der Bürgermeister so mancher dörflichen Gemeinde stieg aus dem Bett um seinen nationalsozialistischen Bürgerpflichten nachzukommen und das einfache Parteimitglied von nebenan beteiligte sich an den Gewalttaten. Ein kontrolliertes Abbrennen begann, kontrolliert von der Feuerwehr, die darauf zu achten hatte, dass Nachbargebäude nicht in Brand gerieten. Kontrolliert von der Polizei, die wilde Plünderungen verhindern sollte und den „ordnungsgemäßen“ Ab-

lauf des Pogroms gewährleisten sollte, was auch immer das sein soll. Die Ausschreitungen, wurden durch einen Aufruf im Völkischen Beobachter offiziell am 11. November gestoppt, setzten sich regional aber teilweise noch weiter fort, manchmal unter reger Beteiligung der Bevölkerung. Sie drangen in Wohnungen ein und drangsalierten ihre jüdischen Nachbarn, sie plünderten das Geschäft an der Ecke oder halfen das restliche Mobiliar der örtlichen Synagoge zu zertrümmern. Der Begriff „Reichskristallnacht“, der sich einbürgerte, war die zynische und verharmlosende Umschreibung für Mord, Totschlag, Demütigung, Misshandlung und Vergewaltigung, für Brandstiftung, Sachbeschädigung und Raub. Es gab keinerlei öffentlichen Protest oder Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen dieses Pogrom, die Reaktionen bewegten sich zwischen Zuschauen, Wegschauen und Mitmachen. Der 9. November 1938 war ein inszeniertes Pogrom unter Beteiligung der Bevölkerung.

Die Folgen

Für die Jüdinnen und Juden wirkte die bis dahin nicht gekannte Gewalt der Pogrome wie ein Schock. Auch diejenigen, die bisher geglaubt hatten, sich irgendwie mit den zunehmenden Schikanen und Beschränkungen arrangieren zu können, suchten nun verzweifelt nach Möglichkeiten zu fliehen. Doch die meisten Länder reagierten auf die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus Deutschland mit immer restriktiveren Bedingungen für deren Einreise. Sie setzten enge Kontingente fest, zwangen Schiffe zur Umkehr oder verlangten hohe finanzielle Sicherheiten, die von den von Deutschland materiell ausgeplünderten Jüdinnen und Juden längst nicht mehr aufgebracht werden konnten. Bereits nach dem „Anschluss“ Österrei-

chs stieg im Ausland die Sorge vor einem vermehrten Zustrom von Flüchtlingen aus Deutschland. An einer internationalen Flüchtlingskonferenz im Juli 1938 im französischen Evian nahmen immerhin 32 Staaten teil, um über Möglichkeiten zur Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen zu beraten. Das Ergebnis war deprimierend, mit Ausnahme der kleinen Dominikanischen Republik war keiner der anwesenden Staaten bereit, seine Einwanderungsquote zu erhöhen. Nach den ausführlichen Zeitungsberichten über brennende Synagogen und geplünderte Geschäfte im November 1938 war die Öffentlichkeit in Europa und Amerika schockiert. Zu einem Umdenken in der Flüchtlingspolitik führte dies bei den Regierenden jedoch kaum.

Eine Ausnahme waren die sogenannten Kindertransporte nach Großbritannien. Diese einzigartige Rettungsaktion war eine direkte Konsequenz der Gewalttaten vom 9. November. Bestürzt über die Nachrichten aus Deutschland, sprach am 15. November 1938 eine Delegation aus jüdischen Persönlichkeiten bei Premierminister Chamberlain vor und bat um die Erlaubnis, wenigstens einige Kinder aus Deutschland heraus holen zu können, da diese ja nicht den Arbeitsmarkt belasteten und deren Rettung der Öffentlichkeit problemlos zu erklären wäre. Das Kabinett beriet wenige Tage später darüber und genehmigte überraschend die Aufnahme einer unbegrenzten Zahl von Kindern bis 16 Jahren. Die organisatorische Umsetzung der Rettungsaktion übernahmen jüdische und christliche Hilfsorganisationen, sowie Angehörige der in England weit verbreiteten Quäker. Und sie waren schnell, bereits am 1. Dezember rollte der erste Zug mit Kindern aus Berlin nach Hoek van Holland, von wo aus sie mit dem Schiff weiter nach England fuhren. Dort wurden sie von Pflegefamilien aufgenommen oder lebten provisorisch untergebracht in Ferienheimen.

Den noch in Deutschland verbliebenen Jüdinnen und Juden muss sehr klar gewesen sein, dass nach den Novemberpogromen noch Schlimmeres folgen könnte. Wer nicht ahnt, dass Leib und Leben in Gefahr sind würde wohl kaum die eigenen Kinder alleine in ein fremdes Land schicken, die jüngsten dieser Kinder waren gerade einmal zwei Jahre alt. Viele von ihnen haben später über ihre Reise berichtet. Offenbar haben sich die Nazi-Grenztruppen häufig noch einen Spass daraus gemacht, die Kinder bei der Kontrolle zu terrorisieren, sie durchwühlten ihr Gepäck und machten ihnen Angst. Ganz anders sah der Empfang jenseits der Grenze in den Niederlanden aus. Zahlreiche Anwohner waren zum Bahnsteig gekommen und brachten den Kindern heiße Schokolade und Kekse. Für manche der an Schikanen und

Demütigungen gewöhnten Kinder war es vermutlich das erste Mal, dass ihnen fremde Menschen mit Freundlichkeit und Mitgefühl begegneten.

Mit Kriegsbeginn am 1. September 1939 fanden die Kindertransporte ein jähes Ende. Bis zu diesem Zeitpunkt war es aber immerhin gelungen, fast 10.000 Kinder vor dem Zugriff der Nazis zu retten. Ihre Eltern sahen die meisten von ihnen niemals wieder. Deutschland war mit Kriegsbeginn ein tödliches Gefängnis geworden, aus dem es fast unmöglich war zu entkommen. Im Oktober 1941 begannen die Deportationen, an deren Ende der Holocaust steht, die Vernichtung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden aus ganz Europa. Unter den Ermordeten waren etwa 1 Million Kinder.

Erinnern an den 9. November 1938

Der 9. November als Jahrestag der Pogromnacht ist für uns ein zentraler Tag, um an die Ermordeten zu erinnern und gleichzeitig gegen Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus einzutreten.

Bereits seit 1990 erinnern wir mit einer Gedenkveranstaltung an diesen Tag. Der ursprüngliche Anlass war vor allem die neue nationalistische Euphorie, die dem Mauerfall am 9. November 1989 und der deutschen „Wiedervereinigung“ folgte. Die Erinnerung an die Novemberpogrome drohte davon überdeckt zu werden. Die nachfolgende rasante Rechtsentwicklung in Deutschland und die rassistischen Pogrome in Rostock, Hoyerswerda und Mölln bestätigten uns in unseren Befürchtungen und verliehen unserer Veranstaltung immer wieder erschreckende Aktualität und Notwendigkeit. Auch in den Jahren darauf und bis heute war es leider nie schwierig, Themen für unsere Veranstaltung zu finden.

In diesem Jahr nun begehen wir den 70. Jahrestag der Pogromnacht. Mit diesem Jahrestag stellt sich auch für uns immer dringlicher die Frage nach der Zukunft dieses Gedenkens. Unsere bisherigen Veranstaltungen wurden vor allem auch durch die Berichte von Überlebenden des Nationalsozialismus, von Zeitzeugen der Verfolgung und der Vernichtungspolitik der Nazis getragen. Persönlichkeiten wie Kurt Goldstein, Gerhard Leo, Walter Sack, Paul Ostberg, Hellmut Stern, Heinz Kallmann und viele andere haben auf unserer Veranstaltung gesprochen und mit ihren eindringlichen Reden die TeilnehmerInnen beeindruckt und bewegt. Doch auf ihre Stimme werden wir uns nicht mehr lange stützen können und müssen nun Konzepte entwickeln, wie wir das, was sie uns über Jahre

vermittelt haben, weitergeben können.

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür werden in den nächsten Jahren nicht einfacher werden. Vor allem im nächsten Jahr ist zu befürchten, dass der Jahrestag der Pogromnacht vollständig hinter den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Mauerfalls verschwindet. Paul Spiegel, der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat vor einer solchen Entwicklung schon in seiner Rede zum 9. November 2000 gewarnt: „(...) Aus diesem Grund ist dieses Datum für alle Deutschen auch ein Tag der Freude. Es darf aber niemals das Gedenken an den 9. November 1938 – an den staatlich organisierten Pogrom – verdrängen und schon gar nicht zu einem ‚Feiertag 9. November‘ führen. Denn Volksfeststimmung mit Würstchenbuden und Bierzelten, die der Freude über die Niederreißung der Mauer angemessen sind, taugen nicht zum Gedenken an die Millionen von Toten des Nazi-Terrors.“

Zukunft des Gedenkens

Leider sieht es acht Jahre später so aus, als würden sich die Befürchtungen von Paul Spiegel bestätigen. Gedacht wird in Deutschland inzwischen zwar andauernd und an alles mögliche, genau das ist aber unter Umständen das Problem. Das Gedenken wird immer beliebiger. Als Zeitzeugen gelten schon lange nicht mehr ausschließlich Überlebende der Konzentrationslager und des Holocaust. Mit der gleichen Berechtigung erzählen zur besten Sendezeit im Fernsehen ehemalige Wehrmachtsoldaten, sogenannte Vertriebene oder Bombenopfer von ihren Erlebnissen. Der kausale Zusammenhang und der politische Kontext gehen dabei mehr und mehr verloren. Einzelschicksale werden herausgelöst aus ihrem historischen und politischen Kontext, der Appell an Mitgefühl und Moral, ein „irgendwie waren wir doch alle Opfer in diesem Krieg“ tritt an die Stelle von Aufarbeitung und einem Begreifen von Vorgeschichte und Ursachen. Beim einfachen Bürger ist die Message längst angekommen. Während die offizielle Politik am 27. Januar, dem Holocaustgedenktag, der Opfer des Nationalsozialismus gedenkt, wird zu Hause längst viel emphatischer an den eigenen Opa bei der Wehrmacht erinnert.

Am 9. November 2009 könnte das alles erstmals gleichzeitig stattfinden. Vor allem auch in Berlin wird es zahlreiche offizielle Veranstaltungen zum Jahrestag des Mauerfalls geben u.a. am Brandenburger Tor. Vermutlich wird es auf Bürgerfesten genau jene Volksfeststimmung mit Würstchenbuden und Bierzelten geben, vor der es Paul Spiegel im Jahr 2000 noch graute. Ob dem

Gedenken an die Pogromnacht daneben und in Zukunft noch irgendein Stellenwert eingeräumt wird bleibt abzuwarten. Auch wenn es schwierig sein wird durch das nationale Getöse durchzudringen, als antifaschistische Linke müssen wir auch weiterhin dafür sorgen, dass der 9. November ein Stolperstein im deutschen Kalender bleibt.

Dazu gehört auch eine Kritik an der offiziellen Gedenkpolitik der Bundesregierung. Diese präsentiert sich gerne als Gedenkweltmeister und gibt vor, vorbildlich die Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu betreiben. Das Gedenken gerät jedoch zur Farce, wenn sich daraus nicht entsprechende Konsequenzen für die Gegenwart ableiten. Ein Paradebeispiel ist der Umgang mit den sogenannten Vertriebenen. Zum 70. Jahrestag der Zerschlagung der Tschechischen Republik durch die Annexion des Sudetenlandes im Oktober 1938 wäre es höchste Zeit gewesen, den revanchistischen Bestrebungen der Vertriebenenverbände und vor allem der Sudetendeutschen Landsmannschaft, eine endgültige Absage zu erteilen. Dazu hat sich bisher noch keine Bundesregierung durchringen können. Noch immer versuchen diese Verbände, die inzwischen vor allem aus Nachgeborenen der sogenannten „Bekennnisgeneration“ bestehen, ein angebliches „Recht auf Heimat“ durchzusetzen und schrecken auch vor Entschädigungsforderungen an Tschechien nicht zurück. Dabei war es vor allem die deutsche Minderheit, die zum Zusammenbruch der letzten demokratischen Insel im Osteuropa der 30er Jahre beigetragen hat. Als „5. Kolonne Hitlers“ wählten sie die NSDAP, denunzierten Kommunisten und Jüdinnen und Juden und begrüßten den Einmarsch der Deutschen mit Jubel. Wenn sie heute von dem ihnen angeblich angetan Unrecht reden, schweigen sie über dessen Vorgeschichte. Eine deutsche Bundesregierung, die nicht nur vorgibt sich ernsthaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinander zu setzen,

müsste sich davon politisch eindeutig distanzieren, sämtlichen Vermögensforderungen eine Absage erteilen und aufhören ihre Vertreter als Redner bei offiziellen Veranstaltungen der Vertriebenen auftreten zu lassen.

Und auch Aufrufe zu Zivilcourage und Engagement gegen Rechts helfen nicht wenn an anderer Stelle rassistische Übergriffe zu Jahrmarktschlägereien klein geredet werden wie im sächsischen Mügeln, als MigrantenInnen von einem Mob aus Nazis und BürgerInnen durch die Stadt gejagt wurden. Die Mischung aus organisierten Nazis und einer rassistischen Grundstimmung in Teilen der Bevölkerung schlägt sich nicht nur wie zuletzt in Brandenburg in Wahlerfolgen für die NPD nieder, sondern bildet auch den Nährboden für Gewalt.

Wer wegschaut kann später nicht behaupten nichts gesehen zu haben.

Der Schwur der Überlebenden von Buchenwald war für uns immer Verpflichtung zum Handeln und muss es auch in Zukunft bleiben, denn ihr Traum von einer „neuen Welt des Friedens und der Freiheit“ ist noch lange nicht erfüllt.

Der ehemalige Vize-Präsident des Internationalen Buchenwald-Komitees, Emil Carlebach, brachte es anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung auf den Punkt: „Zu Frieden und Freiheit aber gehört auch die Tradition des Kampfes gegen den Faschismus, gegen Antisemitismus und Herrenmenschentum. In diesem Kampfe waren wir vereint, in diesem Kampfe bleiben wir vereint. Denn es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft unserer Kinder.“

In diesem Sinne hoffen wir möglichst viele von Euch am 9. November auf unserer Veranstaltung zu sehen.



Deportationsmahnmal an der Putzbrücke

Was am 9. November 1938 in Deutschland geschah wissen wir, die brennenden Synagogen, die zerstörten Geschäfte, das können wir uns einigermaßen vorstellen. Was dies für die betroffenen Menschen bedeutete, können wir nur ahnen.

Wir dokumentieren hier deshalb exemplarisch einige Berichte von AugenzeugInnen. Sie alle haben als Jüdinnen oder Juden in Deutschland gelebt und waren 1938 Kinder oder Jugendliche.

Ihre Schilderungen verdeutlichen das Spektrum an drastischen Erfahrungen, die sie an diesem Tag machen mussten. Angefangen von Schikanen und Einschüchterungen, bis zum Erleben von Selbstmorden im Bekanntenkreis, der Ungewissheit über das Schicksal Familienangehöriger oder sogar deren Ermordung. Der 9. November bedeutete häufig Schock und Traumatisierung und das Ende aller Illusionen über die eigene Zukunft in Deutschland.

Alle die hier berichten sind mit dem Kindertransport in die Freiheit entkommen. Norbert Wollheim, als der einzige junge Erwachsene, war maßgeblich an der Organisation und Durchführung dieser Kindertransporte beteiligt.

alle Berichte aus: *Kindertransport. In eine fremde Welt.* Hrsg. Mark Jonathan Harris und Deborah Oppenheimer
Begleitbuch zum gleichnamigen Film, 2000

Berichte von AugenzeugInnen

Um zwei Uhr morgens wurde ich durch ein schreckliches Hämmern an die Tür geweckt. Zwei uniformierte Nazis standen da und brüllten: „Sie sind alle verhaftet! Ziehen Sie sich an und kommen Sie mit!“ Wir gingen zu einem Sammelpunkt, der aussah wie ein riesiges Quadrat. Und da standen Tausende von anderen Juden – tatsächlich Tausende. Da waren Leute, die ich kannte, und Leute, die mir unbekannt waren, Leute, die verprügelt wurden, und Leute, die weinten. (...) Jeder befand sich in einem fürchterlichen Zustand. Ich kann mich auch noch lebhaft daran erinnern, dass sie den Rabbi schlugen, und er blutete. Sie hatten die Thorarollen aus der Synagoge geholt, und ich glaube, sie trampelten darauf herum. (...) Ich wusste nicht, dass sie die beiden Synagogen in Fürth angezündet hatten, während wir zu diesem Sammelpunkt getrieben worden waren. Wir wurden in den Zuschauerraum eines Theaters gebracht, und dort saßen wir da, als ob wir uns eine Vorstellung anschauen wollen. Die Vorstellung bestand darin, dass sie die Männer auf die Bühne holten und sie zwangen, über die Stühle und Tische zu springen. Wenn sie es nicht schafften, peitschten sie sie. Es war ein Erlebnis, das man nicht vergisst, eines der schlimmsten, die mir je widerfahren sind.

(Lorraine Allard, Fürth)

Ich nahm mein Fahrrad und fuhr wie gewöhnlich zur Schule. Ich sah riesige Rauchwolken aus den Vierteln aufsteigen, in denen die beiden großen Frankfurter Synagogen standen, und ich konnte sie brennen sehen. Ich sah auch, dass die Scheiben der jüdischen Geschäfte zerbrochen waren. Die Ware lag entweder auf der Straße, oder die Läden waren völlig geplündert worden. Ich kam an keinem einzigen jüdischen Geschäft vorbei, in das nicht eingebrochen worden war, dessen Schaufenster nicht zertrümmert waren, dessen Ware nicht geplündert war. (...) Mein Vater wurde verhaftet und nach Buchenwald gebracht. Es war eine immens traumatische Zeit, eine Zeit, in der selbst ich als Zwölfjähriger begriff, dass es für Juden in Deutschland keine Zukunft mehr gab.

(Jack Hellmann, Frankfurt/Main)

Als wir am nächsten Morgen zur Schule gingen, brannte die Synagoge. Wie standen da, völlig verängstigt und wie vom Donner gerührt. Es kamen Feuerwehrautos, aber nicht um das Feuer in der Synagoge und der benachbarten Schule zu löschen, sondern nur um zu verhindern, dass es auf die anderen Häuser übergrieff. Wir rannten nach Hause, vorbei an eingeschlagenen Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte, vorbei an ausgeplünderten Läden und Kaufhäusern. Später kam mein Vater mit aschfahlem Gesicht nach Hause – ein Ehepaar, das zu seinen Kunden zählte, hatte sich umgebracht.

(Bertha Leverton, München)

Am Morgen, als ich aus dem Haus trat, sagte jemand: „Die Synagogen brennen.“ (...) Ich ging zur Synagoge und ich sah die Flammen aus dem Dach lodern. Es standen Feuer-

wehren da, die nichts taten als die angrenzenden Gebäude zu schützen. Ich dachte, vielleicht brennt nur diese, und ging zu einer anderen großen Synagoge im Westen der Stadt, aber auch sie brannte und war bereits teilweise in Trümmer gesunken. Ich dachte: Das sind die Leute, mit denen du aufgewachsen bist, das ist das Volk der Dichter und Denker. Was ist nur mit der deutschen Zivilisation geschehen? (...) Es war auch eine ganze Menge Leute da, die ziemlich böartige Bemerkungen machten. Sie waren bester Laune und sagten, die Juden hätten nur bekommen, was sie verdienten, und dergleichen mehr. Das verpasste mir wirklich den Schock meines Lebens. Ich realisierte es, aber ich konnte es nicht einordnen, weder intellektuell noch emotional. (...)

Einige Nächte blieb ich von zu Hause fort, konnte aber immer noch umherlaufen und sehen, was sich auf den Hauptstraßen Berlins ereignet hatte – die jüdischen Geschäfte, die zertrümmert, verwüstet und geplündert worden waren. Damals begriff ich, dass Rabbiner Leo Baeck Recht hatte, als er sagte, dass die historische Stunde des deutschen Judentums zu einem Ende gekommen sei.

(Norbert Wollheim, Berlin)

Das Abendessen an jenem Abend (des 9. Nov.) war die letzte Mahlzeit, die ich zusammen mit meinem Vater eingenommen habe. Am nächsten Morgen herrschte überall eine merkwürdige, unheimliche Stille. Ich machte mich fertig, um zur Schule zu gehen. Und als ich in die Klasse kam, sagte niemand ein Wort. Plötzlich zeichnete sich am Fenster ein Feuerschein ab, und dann rochen wir Rauch. Unsere Schule lag zufälligerweise genau gegenüber der Synagoge. (...) Als wir die Flammen im Fenster lodern sahen, stürzte natürlich jeder aus dem Klassenzimmer. Alles lief auf den Pausenhof, und ich erkannte mit Schrecken, dass die ganze Synagoge brannte. Die Straße wurde von Menschen gesäumt, die brüllten und jubelten und Beifall klatschten. (...) Auf der Straße lagen eine Puppe und Kinderspielsachen sowie einige Möbelstücke und die Kleider – alles war zum Fenster hinausgeworfen worden. Dann kamen zwei Männer – ich glaube nicht, dass sie uniformiert waren – mit der Thora heraus und tanzten herum und schrieten. Plötzlich sagte jemand: „Oh, da ist ja eine Jüdin, lasst sie uns auch ins Feuer werfen!“ Ich weiß nicht, wie ich nach Hause kam.

Ich erinnere mich, dass ich später sah, wie einige jüdische Männer durch die Straße gezerrt wurden. Wie wir später erfuhren, hatten sie alle jüdischen Männer auf dem Marktplatz zusammengetrieben, sie misshandelt und sie dann ins Gefängnis gesperrt. Am nächsten Tag wurden sie ins Konzentrationslager Buchenwald abtransportiert. Mein Vater war in der jüdischen Gemeinde eine ziemlich respektable Persönlichkeit, alle kannten ihn. Und als sie in Buchenwald angekommen waren protestierte er und sagte: „Sie können diese Menschen nicht so behandeln.“ Die Nazis statuierten ein Exempel an ihm und schlugen ihn vor aller Augen tot.

(Ursula Rosenfeld, Quakenbrück)



„Züge ins Leben – Züge in den Tod“ Gedenkskulptur am Bahnhof Friedrichstraße soll an die Kindertransporte erinnern.

Am 1. Dezember 2008 ist es 70 Jahre her, dass der erste Kindertransport vom Bahnhof Friedrichstraße nach Großbritannien abfuhr. Insgesamt waren es rund 10.000 Jungen und Mädchen, die durch diese Transporte nach der Pogromnacht vor den Vernichtungslagern gerettet werden konnten. An diese soll nun eine Skulptur erinnern, die am 30. November 2008 vor dem Bahnhof Friedrichstraße eingeweiht werden soll. Das wurde erst möglich, nach dem das Bezirksamt Mitte per Beschluss die Schenkung durch den Künstler und Zeitzeugen Frank Meisler angenommen hatte. Auseinandersetzungen hatte es im Vorfeld lediglich mit der Senatsverwaltung für Kultur gegeben, die wegen ästhetischer Bedenken diese Gedenkskulptur ablehnte.

In ihr werden zwei in entgegengesetzter Richtung ausgerichtete Kindergruppen dargestellt. Die eine Gruppe aus fünf Kindern die farblich mit dem Grau des Holocaust-Mahnmals abgestimmt sein wird, steht stellvertretend für alle nicht geretteten, später deportierten und ermordeten Kinder. Zwei weitere Kinder symbolisieren die 10.000 Jungen und Mädchen der Kindertransporte und werden im Bronzeton dargestellt. Am Schienenstrang wird zu lesen sein: „Züge ins Leben – und Züge in den Tod“.

Unterstützt wird die Initiative Gedenkskulptur von der Jüdischen Gemeinde, dem Internationalen Auschwitzkomitee, der Initiative „Zug der Erinnerung-Haltestelle Berlin“, dem Bezirksbürgermeister von Mitte Christian Hanke sowie dem Innensenator Ehrhart Körting, der stellvertretenden Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Karin Seidel-Kalmutzki und vielen anderen.

Demnächst wird es dazu inhaltliche und organisatorische Einzelheiten und Hinweise zur Organisation und Umsetzung der Einweihung auf der Webseite: <http://www.kindertransport.de> geben. Über die dort veröffentlichte Mail-Adresse ist dann auch ein direkter Kontakt möglich.

Dirk Stegemann

Initiative „Zug der Erinnerung-Berlin“

Entschädigung für griechische NS-Opfer

Redebeitrag des AK-Distomo für die Demonstration gegen die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit am 3.10.2008 in Hambg



Wenn sich heute die „Kulturation Deutschland“ bei Würstchen, Bier und Deutschpop selber feiert, dann wird von den Opfern deutscher Barbarei und deren Ansprüchen gegenüber diesem Staat die Rede nicht sein. Das wiedervereinigte Deutschland wird sich einmal mehr als geläuterte Nation präsentieren, die aus den Verbrechen des Nationalsozialismus gelernt und ihre Geschichte aufgearbeitet habe. Doch die oberflächlichen Bekenntnisse deutscher Politiker kontrastieren allzu offensichtlich mit der Realität. Der nationalsozialistische Vernichtungs- und Raubkrieg wirkt bis heute fort. Dieses Land hat bis heute seine Schulden gegenüber den von Nazi-Deutschland überfallenen Staaten und deren BewohnerInnen nicht bezahlt.

Seit Jahren kämpfen die Überlebenden von Kriegsverbrechen, die Wehrmachts- und SS-Einheiten während der deutschen Besatzung Griechenlands im zweiten Weltkrieg an der Zivilbevölkerung verübten, um Anerkennung und Entschädigung. Die Bundesregierung verweigert jeden Dialog mit den Opfern und Hinterbliebenen. Kategorisch wird jegliche Zahlung abgelehnt.

Während die meisten Nazi-Täter niemals für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen, ja von den bundesdeutschen Nachkriegsregierungen sogar aktiv vor Verfolgung geschützt wurden, sieht Berlin in den Forderungen der Opfer und Hinterbliebenen

nur einen Störfaktor deutscher Normalisierungspolitik. Für die Bundesregierung ist das Thema Entschädigung erledigt. Ihre Wunschvorstellung war und ist es, nach Abschluss des Projekts „NS-Zwangsarbeiterentschädigung“, zum letzten Mal für die deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus gezahlt zu haben. Rechtssicherheit soll es nur für den Täterstaat geben, nicht für die Opfer.

Spätestens mit Abschluss des 2+4 Vertrages im Jahr 1990 sind die Forderungen der griechischen NS-Opfer fällig, denn mit diesem Quasi-Friedensvertrag endete das Moratorium des Londoner Schuldenabkommens von 1951, das seinerzeit den Konkurs der zahlungsunfähigen Bundesrepublik Deutschland verhindert hatte. Doch für die großzügige Stundung der Forderungen dankte das wiedervereinigte Deutschland seinen Gläubigern nicht, stattdessen erklärte es den Anspruchstellern mit zynischem Großmachtgestus, sie kämen jetzt zu spät.

Den griechischen Überlebenden und Angehörigen blieb nur der Klageweg. Dieser Kampf vor den griechischen Gerichten war zunächst sehr erfolgreich, der oberste Gerichtshof Griechenlands (Areopag) entschied im April 2000, dass Deutschland zur Zahlung von Entschädigung in Höhe von ca. 28 Mio. an die Überlebenden und Angehörigen der Opfer des Massakers in der

griechischen Ortschaft Distomo verpflichtet. Dort wurden am 10. Juni 1944 218 Menschen von einer SS-Einheit ermordet, darunter viele Kinder, Frauen und alte Menschen.

Die Bundesregierung erklärte, sie werde das Urteil des höchsten griechischen Gerichts nicht anerkennen, und wies Griechenland damit den Status einer halbkolonialen Nation zu. Trotz der rechtskräftigen Entscheidung zahlte die Bundesrepublik bis heute keinen Cent. Auf politischen Druck der deutschen Seite stoppte die griechische Regierung im Sommer 2001 die Pfändung und Zwangsversteigerung deutscher Liegenschaften in Griechenland u.a. des Goethe-Instituts in Athen. Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer persönlich intervenierten in Athen, weil man sich um das deutsche Kulturgut und die deutsche Staatskasse sorgte.

Damit war es der deutschen Seite vorerst gelungen, den juristischen Erfolg der Distomo-Opfer vor griechischen Gerichten auszuhebeln. Die Kläger wandten sich deshalb nach Italien und beantragten dort, die griechischen Urteile in Italien für vollstreckbar zu erklären. Im Juni diesen Jahres entschied der oberste Gerichtshof Italiens, der Kassationshof in Rom, dass die griechischen Kläger aus Distomo in Italien Vollstreckungsmaßnahmen gegen deutsches Eigentum ergreifen dürfen.

Mit dieser bahnbrechenden Entscheidung ist endlich der Weg frei, den Menschen aus Distomo, aber auch vielen anderen NS-Opfern, zu einer gerechten Entschädigung zu verhelfen. Verweigert Deutschland weiter die Zahlung, so könnten deutschen Liegenschaften in Italien zwangsversteigert werden. Die Villa Vigoni etwa, sehr schön gelegen am Comer See, ist bereits gepfändet.

Ohne Zwangseinteignungen scheint es nicht zu gehen. Denn aus Berlin wurde sehr schnell signalisiert, dass man die Entscheidung des Kassationshofs ebenfalls nicht anerkennen werde. Dort wurde ein weiteres mal erklärt, dass man nicht mit den Betroffenen über die Frage der Entschädigung reden werde. Stattdessen hat das Auswärtige Amt eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem italienischen Außenministerium eingerichtet. Das erklärte Ziel ist es, vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag die Außerkraftsetzung der Kassationshof-Entscheidung zu erreichen.

Die Bundesregierung ließ sich nicht viel Zeit damit, die Argumentation des Kassationshofs auf sich wirken zu lassen. Um abstrakte Rechtsprinzipien zur Wahrung staatlicher Souveränität geht es Deutschland dabei ohnehin nicht. Die staatliche Souveränität etwa des vormaligen Jugoslawiens war Deutschland vielmehr stets ein Hindernis

bei der politisch-ökonomischen Durchdringung des Balkans. Dafür war man auch bereit, einen Angriffskrieg zu führen und Belgrad zu bombardieren. Völkerrecht gilt für Deutschland nur, wenn es den eigenen Interessen nützt.

Die juristischen Auseinandersetzungen in Italien und darüber hinaus werden weiter gehen. Die deutsche Seite wird weitere Störmanöver durchführen. Zu hoffen ist, dass die italienischen Gerichte weiterhin den Mut haben, gegen die erklärten politischen und ökonomischen Interessen der BRD zu entscheiden. Hierzu bedarf es der verstärkten politischen Solidarität mit den Opfern des nationalsozialistischen Terrors und einer aktiven Unterstützung ihrer Forderungen. Nur dann kann der Schlussstrichpolitik der BRD etwas entgegen gesetzt werden.

Treten wir gemeinsam ein für die Entschädigung aller NS-Opfer. Lasst uns deutsches Kulturgut pfänden, hier und in anderen Städten, heute und morgen, bis die berechtigten Forderungen der Opfer deutscher Barbarei erfüllt sind!

AK-Distomo

Der AK-Distomo wird auch auf der Konferenz „Kein Vergeben - Kein Vergessen“ anwesend sein (siehe S. 8)

in das Gebäude der Kita geworfen, Hakenkreuze und SS-Runen geschmiert.

Ein Mann hat den jüdischen Küster der evangelischen Gemeinde im Gießener Stadtteil Kleinlinden (Hessen) am 3. November mit den Worten »Judenschwein, raus aus Deutschland« beschimpft und auf ihn eingeschlagen. Der Küster wurde verletzt und musste im Universitätsklinikum behandelt werden. Nach Informationen des Gießener Anzeigers wurde er nicht zum ersten Mal angegangen. Es soll auch eine Morddrohung gegeben haben.

Bener Anzeigers wurde er nicht zum ersten Mal angegangen. Es soll auch eine Morddrohung gegeben haben.

Am Vormittag des 4. November randalierten zwei Männer in einem Kiosk im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg. Sie fragten den Inhaber des Geschäfts, ob er Jude sei, und begannen zu rauchen und sich Drinks zu mixen. Als der 36jährige Kioskbetreiber protestierte, bedrohten sie ihn mit einem Elektro-

schocker, kippten Regale um und warfen ihn mit Flaschen und anderen Gegenständen. Sie gröhlten rechtsextreme Parolen und zeigten den »Hitlergruß«. Der Angegriffene flüchtete in einen Lagerraum. Die mutmaßlichen Täter sind zwei 32jährige aus Pankow.

Wie das Hamburger Abendblatt am 5. November mitteilte, ist auf einem jüdischen Friedhof in Hamburg-Harburg eine Gedenktafel aus der Veran-

kerung gerissen und entfernt worden. Eine Schülerin bemerkte ihr Fehlen. Die Bronzetafel auf dem Schwarzenberg erinnerte seit dem Jahr 1992 an die Zerstörung der ehemaligen Leichenhalle am 10. November 1938.

In der Nacht zum 5. November beschmierten Unbekannte zwei Schulgebäude im Hamburger Stadtteil Reinhold mit rassistischen Parolen und Hakenkreuzen. Auch wurden mehrere hun-

dert Flugblätter der NPD entdeckt.

Unbekannte beschmierten mehrere Grabsteine, die Friedhofsmauer und eine Gedenktafel auf dem jüdischen Friedhof in Ribnitz-Damgarten (Mecklenburg-Vorpommern) mit Hakenkreuzen in blauer Farbe. Nach einem Zeitungsbericht beschädigten die Täter auch einige Urnengrabstellen auf einem anderen Teil des Friedhofs. Wie erst mehrere Tage später bekannt

Die Demokratie der Gedenktage

Gruppe TOP Berlin

Dem 9. November, gründlich gedacht, sind positive Seiten abzugewinnen. Wie jedem Tag im Laufe der Jahre. Mal regnet es, mal scheint die Sonne.

Am 9. November wird in Zukunft der Zivilisiertheit der Deutschen gedacht. Im Jahr 2009 jährt sich am 9.11. der Mauerfall zum 20. Mal. Gedacht werden soll dem bloßen Volkswillen, der Mauern einstürzen ließ, und der den Deutschen einige Tage andauerndes Gemeinschaftsgefühl ohne äußeren Feind bescherte. Längst ist die Vereinigung Deutschlands als erste erfolgreiche und friedliche deutsche Revolution in den offiziellen Geschichtsbüchern notiert.

Bevor Deutschland in die glückliche Situation geraten ist, am 9.11. ein freudiges Ereignis zu feiern, galt es dem 9.11.1938 zu gedenken. Der Tag an dem die Deutschen mit Freude an Pflichterfüllung und Gehorsam Juden jagten, ausraubten und erschlugen, um dann zur systematischen Ermordung aller Juden und aller sonstigen als Volksschädlinge ausgemachten Personen überzugehen. Lange wurde kein Umgang mit diesen Taten gefunden. Zuerst wurde eisern geschwiegen, dann lange über einen Schlusstrich unter die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit gestritten. Nach jahrzehntelangen Denkmaldebatten, Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Namen von Auschwitz, statuiertes Rechtssicherheit gegenüber den Ansprüchen von Zwangsarbeitern der deutschen Wirtschaft im NS, Denkmaleröffnungen, Gedenkdiskursen und aufwendig begangenen Gedenkjahren, fanden die mittlerweile professionellen deutschen Gedenkarbeiter einen Weg den 9.11.1938 in eine positive deutsche Geschichtsschreibung zu integrieren.

Die Repräsentanten der gegenwärtigen deutschen Nation haben verstanden, dass sie sich mit der Reichspogromnacht auseinandersetzen müssen, um eine vollständige Nation zu werden. Keine selbstbewusste Nation ohne nationale Geschichte und ohne ein positives nationales Erbe. Im heutigen Deutschland heißt dies: Die Lehren aus der Vergangenheit ziehen, das kulturelle Erbe von Auschwitz annehmen. Die schwer erarbeitete offizielle Anerkennung der deutschen Schuld führte zu der Erkenntnis, dass auch die unvorstellbarsten Verbrechen noch ihr Gutes haben. Man kann aus ihnen lernen.

So sehr die Freude am Töten am 09.11.1938 auch zu ertragen sein mag, ohne sie wäre die Freude der Mauer-sprechte am 09.11.1989 so nicht möglich gewesen.

Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz ist der 9.11.1989 ein Beweis für die Zivilisiertheit der Deutschen. Erst die unvorstellbar grauenhaften Taten der Deutschen im NS, machen die geläuterten, demokratisch gedenkenden Deutschen von heute zu unglaublich vollkommenen Menschen. Sie haben die Hölle industriell produziert, aber als man sie besiegt hatte, läuterten sie sich und schafften eine friedliche Revolution. Eine solche Bandbreite an menschlichen Taten, böse wie gut, kann keine andere Nation zu den ihren zählen. Eine Nation mit soviel Lebenserfahrung ist prädestiniert eine Nation von Gedenkexperten zu werden. Im Namen von Geschichtsbewusstsein und Verantwortung zeigen die Deutschen Menschlichkeit und die gedenkt auch den nationalsozialistischen Tätern als menschlichen Opfern des Alliierten „Bombenterrors“, den aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern „vertriebenen“ Deutschen und dem „Unrecht der DDR“. Deutschland erzählt Geschichte allein als Geschichte des Leidens vermeintlich Unschuldiger, einfacher Bürger. Die traurige Geschichte des kleinen Mannes, dem es ganz besonders arg zugesetzt hat.

Formal korrektes Gedenken an den 09.11.1938, an die Opfer des Nationalsozialismus, hat die Tür für die neue positive Geschichtsschreibung von Freiheit und Einigkeit geöffnet, die gegenwärtig auf dem Territorium des deutschen Staates institutionalisiert und gefeiert wird. Das Stöbern im deutschen historischen Museum ist wieder möglich. Der Zivilisationsbruch Auschwitz ist offenbar kein ausreichender Grund, eine Verbindungslinie der deutschen Geschichte über brauchbare Ereignisse für die positive nationale Identität des heutigen deutschen Staates, zu verunmöglichen. Mit der Anerkennung von Auschwitz als Zivilisationsbruch wird die unfassbare Grausamkeit der deutschen Täter in die absolute Unfassbarkeit der Taten umgewandelt, aus Verbrechen werden Verbrechen. Auschwitz ist zwar Bezugspunkt des vorbildlichen Gedenkens, aber in ihm vor allem ein händelbares Problem für eine kontinuierliche Geschichtskonstruktion der deutschen Nation. Der Zivilisationsbruch werde nicht wieder geschehen,

wenn nur der Vergangenheit und damit auch den positiven Ereignissen der deutschen Geschichte gedacht werde.

Während ein kleiner offizieller Gedenktakt im Bundestag kurz für den 09.11.1938 innehält, wird Klaus Wowereit am 9.11.2009 mit Berliner Schülern vor dem Brandenburger Tor eine symbolische Mauer aus Dominosteinen einreißen; individuell und sinnreich von den Schülern in langfristigen Projekten zur Stärkung des deutschen Geschichtsbewusstseins und demokratischer Gesinnung gestaltet. Dem Vergessen anheim fällt die Nachwendzeit und der Hass der in der kapitalistischen Realität erwachten vereinten Nation. Bunte Dominosteine statt einer Auseinandersetzung mit brennenden Asylbewerberheimen und der Abschaffung des Asylrechts.

Ein paar hundert Meter weiter vor dem in Planung befindlichen Preußenschloss wird im Beisein der Staatsführung der Grundstein für das deutsche Freiheits- und Einheitsdenkmal gelegt und in großen Reden ein Bogen vom 09.11.89 zur deutschen Freiheitsbewegung von 1848 gezogen. Für den Erhalt des sozialen Friedens im globalen Kapitalismus, wird die Ideologie von Freiheit und Demokratie in einer standhaften Nation über starke Geschichtsbilder und Geschichtskonstruktionen gestärkt.

In Moabit wird eine kleine antifaschistische Demonstration vom Mahnmahl Levetzowstrasse zur Brücke am Westhafen ziehen, der Opfer der Reichspogromnacht 1938 gedenken und auf den gegenwärtigen Antisemitismus aufmerksam machen. Diese Demonstration folgt dem deutschen Gedenkkalender, aber nicht der nationalen Geschichtskonstruktion. Sie fordert antifaschistischen Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus, Ausgrenzung und deren Ursachen: der kapitalistischen Gesellschaftsformation und des Nationalismus einer nationalstaatlich konstituierten Welt und Weltgeschichte. Solange diese nicht abgeschafft sind, kann der 9.11.1938, an welchem Tag auch immer, wieder geschehen.

TOP BERLIN ruft dazu auf die Zeit bis zum 9.11.2009 zu nutzen, um die Gedenkpraktiken im offiziellen Jubeljahr 2009 zu kritisieren, zu stören und anzugreifen.

Kultur- und Bildungspolitik ist in der Bundesrepublik Deutschland Sache der Bundesländer. Eifersüchtig wachen sie darüber, dass sich niemand in ihre Kompetenzen auf diesem Gebiet, zu denen auch die staatliche Verwaltung von Museen und Gedenkstätten gehört, einmischt. Dass es dennoch eine Gedenkstättenpolitik des Bundes gibt, ist Resultat der Wende in der DDR und der deutschen Wiedervereinigung. Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes war die bundesdeutsche Administration auf einmal auch zuständig für die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten in Ravensbrück, Sachsenhausen und Buchenwald. Damit ergab sich ein folgenschweres Problem. Zum einen waren diese in den 50er Jahren an den authentischen Orten gegründeten Gedenkstätten international „eingeführt“, sie verfügten über eine Ausstattung, wie sie die oft von privaten Initiativen gegründeten und getragenen Erinnerungsorte in Westdeutschland nicht kannten. Zum anderen dienten sie in ihrer politischen Aussage natürlich als Legitimation der DDR. Sie allein den wiedergegründeten ostdeutschen Ländern zu überlassen, drohte diese finanziell zu überfordern und erschien politisch riskant. Außerdem war das wiedervereinigte Deutschland – schon aufgrund der auch im europäischen Ausland präsenten Ängste vor einem „4. Reich“ – gezwungen, sich in markanter Weise zu seiner Geschichte zu positionieren. So wurde 1993 die „Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an den Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland“ verfasst. Darauf und auf den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen

Einheit“ des 13. Bundestages aufbauend, wurde im Jahr 1999 eine Konzeption der künftigen „Gedenkstättenförderung des Bundes“ erarbeitet. Diese Konzeption legt fest, mit welchen Zielen und zu welchen Bedingungen sich die Bundesrepublik an der Förderung der Gedenkstättenlandschaft beteiligt. Seither gibt es Versuche, diese zu ändern, „anzupassen“ oder „zu modernisieren“. Herausragend dabei war der letztlich erfolglose, maßgeblich von dem CDU-Abgeordneten Günther Nooke im Jahr 2004 betriebene Versuch, ein Bundesgedenkstättengesetz zu erarbeiten und zu verabschieden. Weil sich dieser Entwurf an das Sächsische Gedenkstättengesetz anlehnte, dessen einseitige Fokussierung auf die Opfer des Stalinismus zum Ausstieg des Zentralrats der Juden sowie des Zentralrats der Sinti und Roma und der VVN-BdA aus den sächsischen Gedenkstättengremien führten, erfuhr er viel Widerspruch.

Hauptstreitpunkt jeder staatlichen Festlegung auf dem Gebiet der Gedenkstättenpolitik seit 1990 war und ist die Bestimmung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Kommunismus. Dabei meint ‚Kommunismus‘ die gesellschaftliche und politische Verfasstheit der SBZ/DDR in den Jahren von 1945 bis 1990. Diese Frage ist nicht nur von wissenschaftlicher und politischer Relevanz, sondern auch von ökonomischer, hängt von ihrer Beantwortung doch letztlich die Verteilung der Mittel unter den Gedenkstätten ab.

Wissenschafts- und geschichtspolitisch lassen sich aus heutiger Sicht zwei Pole in der Debatte ausmachen, die im Nachfolgenden grob skizziert werden sollen. Auf der einen Seite steht ein platter Antitotalitarismus, der vor allem Antikommunismus ist, vertreten von Extremismusforschern mit eher geringer wissenschaftlicher Reputation. Seine Protagonisten kommen vor allem aus der CDU und dem in ihr aktiven rechten Flügel der ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegung. Als wissenschaftliche Institution spielt hier das Dresdener Hannah-Arendt-Institut die ausschlagende Rolle. Ziel ist es, Nationalsozialismus und Kommunismus/Realsozialismus in seinen verschiedenen Spielarten gleich zu setzen. Außenpolitisch orientiert sich diese Strömung an der Apologie der Kollaborationsregimes in den mittel- und osteuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, wie sie vor allem im Baltikum, aber auch in Südosteuropa mit staatlicher Unterstützung

stattfindet. In Südosteuropa geht es um den Ausbau eines Nationalbewusstseins in Abgrenzung von sowjetischer Besatzung, wobei gern auch die Kollaboration einheimischer Nationalisten mit den Deutschen bei der Deportation und Ermordung der einheimischen Juden während der Okkupation verharmlost wird. Gleichzeitig geht es im europäischen Wettlauf der Erinnerungen auch darum zu punkten und größtmögliche Anerkennung durch die Betonung des Leidens unter sowjetischer Besatzung zu erringen.

In Deutschland ist damit vor allem eine Relativierung von NS-Taten und mitunter auch eine Entschuldigung konkreter NS-Täter verbunden, jedenfalls dann, wenn diese nach 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht bestraft wurden.

In der deutschen politischen Debatte steht der von der CDU verfolgten Konzeption ein hauptsächlich von SPD und Grünen vertretenes Konzept gegenüber, welches grob mit „vergleichen, nicht gleichsetzen“ umschrieben werden kann. Auch hier beruft man sich auf einen „antitotalitären Konsens“, agiert unter diesem Begriff aber nicht ganz so grobschlächtig. Die SBZ/DDR wird hier als sowjetische Satellitendiktatur, die ein Resultat des Zweiten Weltkrieges war, verstanden. Politische Veränderungen in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1990 werden zur Kenntnis genommen. Die wissenschaftlichen Vertreter verfügen tendenziell über ein höheres Maß an Reputation. Die Methoden und

Zur aktuellen Debatte um eine neue Bundesgedenkstättenkonzeption

Ergebnisse der Diktatur- und Widerstandsforschung zum 3. Reich sollen für die wissenschaftliche Analyse der SBZ/DDR nutzbar gemacht werden. Die Möglichkeit der Gleichsetzung beider Regime wird eher dadurch eröffnet, dass nicht offensiv auf einem grundsätzlichen qualitativen Unterschied zwischen beiden Herrschaftsformen beharrt wird, der sich auch in der Organisation des Erforschens und Erinnerens niederschlagen habe (Es wird also nicht gefordert, dass die Erforschung des Nationalsozialismus als Zivilisationsbruch finanziell mehr gefördert werden müsse als die schon sehr gut erforschte DDR-Zeit). Kommunisten werden durchaus als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus anerkannt, was die oben genannte CDU-Strömung unter Verweis darauf, dass es sich bei diesen auch um politische Extremisten gehandelt habe, oft verweigert. Als wissenschaftliches Institut hat sich hier das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen profiliert. Die deutsche Aufarbeitungsexpertise wird zwar auch ins Ausland exportiert, d.h. vor allem nach Osteuropa, allerdings mit dem Ziel des „Aufbaus demokratisch-zivilgesellschaftlicher Strukturen“ westlicher Prägung, weshalb eine Kritik der Kollaboration der jeweiligen Nationalisten mit den Nazis durchaus formuliert wird.

Zwischen den beiden Polen muss sich die „Fortschreibung“ der Gedenkstättenkonzeption des Bundes bewegen, die schon in diesem Sommer von der SPD-CDU-Koalition einvernehmlich verabschiedet werden sollte. Einen Entwurf dafür legte Kulturstaatsminister Naumann im Oktober 2007 vor. Dieser Entwurf erfuhr sowohl von Wissenschaftlern und Gedenkstättenleitern, als auch von Verfolgtenorganisationen des Nationalsozialismus aus dem In- und Ausland und vom Zentralrat der Juden in Deutschland starken Widerspruch. Dabei richtete sich der Widerspruch der Wissenschaftler in der Regel gegen die Art und Weise, wie künftig die Vergabe finanzieller Förderungen für Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen organisiert werden soll. Der Entwurf erweckt den Eindruck, die Erforschung des Nationalsozialismus sei abgeschlossen und jetzt müsse schwerpunktmäßig die DDR-Geschichtsforschung gefördert werden, um auf diesem Gebiet aufzuholen. Dies kritisierten die Arbeitsgemeinschaft der Leiter von KZ-Gedenkstätten. Dabei verwiesen sie darauf, dass für die Erforschung des Nationalsozialismus kein Äquivalent zur „Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur“ existiere und die institutionelle

Erforschung der DDR insgesamt wesentlich besser abgesichert sei.

Verfolgtenorganisationen und der Zentralrat der Juden widersprachen vor allem der sprachlichen Verwischung der Unterschiede zwischen beiden Geschichtsetappen und der Gleichsetzung unter dem Begriff der „doppelten Vergangenheit“. Auch die Ausgrenzung der Verfolgtenorganisationen aus den Gremien der Gedenkstättenpolitik der Bundesregierung stieß auf ihre scharfe Kritik.

Widerspruch kam insbesondere von den Verfolgtenorganisationen des KZ Buchenwald und dem Gedenkstättenleiter Knigge, der den Entwurf der Neukonzeption als „großen Rückschritt“ ansah. Auch das Internationale Sachsenhausenkomitee, das sonst eher einen kooperativen und konzilianten Umgang mit deutscher Politik und Verwaltung pflegt, bezog auf der diesjährigen Befreiungsfeier in ungewohnt scharfer Formulierung Stellung gegen diese Konzeption.

Aufgrund des massiven und offensichtlich so nicht erwarteten Widerstandes wurde der Entwurf Naumanns erstaunlich rasch zum „Diskussionsvorschlag“ herabgestuft. Anschließend wurde der Entwurf dahingehend überarbeitet, die plumpesten Gleichsetzungen von Drittem Reich und DDR zu vermeiden und in einigen Punkten der organisatorischen Kritik der Gedenkstättenleiter entgegenzukommen. Diese bereinigte Version wurde am 24. September im Bundestagsausschusses für Kultur

und Medien nach einem parteiübergreifenden Entschlussesantrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit großer Mehrheit gebilligt. Über das Konzept muss nun noch der Bundestag beraten und abstimmen. Das Diskussions- und Abstimmungsergebnis dieser Bundestagsdebatte dürfte angesichts der Ausschussentscheidung klar sein.

Neben der weiterhin natürlich notwendigen Kritik an den ideologischen Prämissen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes fällt auch ein organisatorisches Detail ins Auge. So soll es in Zukunft eine „Ständige Konferenz der Leiter NS-Gedenkorte im Berliner Raum“ geben, der die Leiter der Gedenkstätten Stiftung Topographie des Terrors, Haus der Wannsee-Konferenz, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und Gedenkstätte Sachsenhausen angehören sollen. Nicht in diesen Kreis aufgenommen werden soll die Leiterin der Gedenkstätte für das Frauen-KZ Ravensbrück, die zwar ein paar Kilometer weiter nördlich in Brandenburg liegt, aber unstrittig aus internationaler Perspektive zum „Berliner Raum“ gehört. Damit ist zu befürchten, dass das Gedenken an die Frauen im KZ wieder mal an den Rand gedrängt wird, dürfte die „Ständige Konferenz“ doch, was Repräsentation und finanzielle Berücksichtigung angeht, sich für vor allem für ihre „eigenen“ Gedenkstätten stark machen.

Eine kontinuierliche wissenschaftliche und politische Diskussion der sich in den Gedenkstättenkonzeptionen niederschlagenden Geschichtspolitik der Bundesregierung(en) ist von den deutschen Verfolgtenorganisationen und der politischen Linken leider – bedingt vor allem durch Kapazitätsmängel – nur sehr unzureichend geleistet worden. In der Regel beschränkt man sich auf das Mantra, „es dürfe nicht gleichgesetzt werden“ und hofft darauf, dass internationaler Druck und die Interventionen des Zentralrats der Juden in Deutschland die größten Exzesse vermeiden werden. Eine wahrnehmbare eigenständige politische Rolle in den Auseinandersetzungen um die Festschreibung regierungamtlicher Geschichtspolitik spielt die Linke deshalb auch kaum. Dabei darf eine radikale Kritik nicht bei den mehr oder weniger plumpen Gleichsetzungen von Drittem Reich und DDR stehen bleiben, sondern muss sich massiv gegen die Nutzbarmachung der nationalsozialistischen Geschichte zur positiven deutschen nationalen Identitätsbildung wenden.

Hannes / Mitglied im Brandenburger VVN-BdA

feier zur Pogromnacht von 1938 am Mahmal für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus abgelegt hatten. Werner Friedmann, der Vorsitzende der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Weiden, sagte am 14. Dezember dem Oberpfalznetz in einem Interview, er habe bemerkt, dass die Erinnerungssteine gestohlen und durch andere Steine mit den Namen führender Nationalsozialisten wie Heinrich Himmler, Rudolf Heß oder

Adolf Eichmann ersetzt worden waren. Andere Steine trugen die Namen von Neonazis und Holocaustleugnern wie Horst Mahler oder David Irving.

Unbekannte beschmierten die Gedenktafeln für die ehemalige Synagoge Grunewald (Berlin) mit Hakenkreuzen und übermalten ein Porträt des Rabbiners Emil Bernhard Cohn (1881-1948) mit Farbe. Nach Angaben der Polizei entdeckten Passanten

am Abend des 18. Dezember zunächst vier Hakenkreuze auf zwei Tafeln. Wie die Berliner Morgenpost berichtete, wurde bereits im Sommer 2006 die nahe liegende Bushaltestelle mit antisemitischen Symbolen beschmiert.

Ein Unbekannter schlug in einer Begegnungsstätte in Berlin-Lichtenberg in der Nacht zum 23. Dezember auf einen 36jährigen Mann ein und beschimpfte ihn mit antisemitischen

Parolen. Der Angreifer flüchtete, der Mann erlitt leichte Kopfverletzungen.

Die Polizei meldete am 9. Januar die Beschädigung zweier jüdischer Einrichtungen in Berlin. An einem Gebäude in der Straße Am Rupenhorn in Charlottenburg wurden zwei Millimeter große Löcher in der äußeren Scheibe der Thermoverglasung gefunden. Vermutlich wurde mit einer Luftdruckpistole auf die Fenster ge-

schossen. In der Schönhauser Allee im Prenzlauer Berg warfen Unbekannte einen Pflasterstein durch eine Scheibe des Lapidariums auf dem jüdischen Friedhof. Das Gebäude aus Granit, Stahl und Glas schützt 64 wertvolle Grabsteine vor der Witterung.

In Berlin-Mitte beschimpften am 16. Januar mehrere »Punks« eine Gruppe jüdischer Schüler mit antisemitischen Parolen und hetzten einen ihrer Hunde

„Kein Vergeben – kein Vergessen“

Perspektiven linksradikaler Erinnerungspolitik

Perspektiven linksradikaler Erinnerungspolitik

9. November 1938
9. November 2008

Konferenz am 8. November
anlässlich des 70. Jahrestages
der Reichspogromnacht

10-18h in der Schule für Erwachsenenbildung
(SfE), Mehringhof, Gneisenaustr. 2a,
Berlin-Kreuzberg

V.i.S.d.P.: Antonia Weber, Liselotte-Herrmann-Straße 7, 10407 Berlin

Infos

<http://www.aim-berlin.de.vu/>

Konferenz anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht
am 8. November 2008 10 - 22 Uhr
Schule für Erwachsenenbildung (SfE), Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin K'Berg

Die Konferenz soll den Rahmen bieten, anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht am 9. November gemeinsam über Ziel, Ausrichtung und Perspektiven linksradikaler Geschichtspolitik zu diskutieren. Geschichtsschreibung ist nie neutral und immer ein umkämpftes Feld politischer Bewegungen gewesen. Für die Linke in der Bundesrepublik war der Bezug auf den deutschen Faschismus, die Nazi-Verbrechen und den Holocaust jedoch von besonderer Bedeutung. Ob die Nazivergangenheit der Eltern oder der eigene Antisemitismus – ging es dabei immer auch um die eigene Involviertheit, die eigene (Familien)Geschichte oder politische Praxis. Linksradikale Geschichtspolitik hat viele verschiedene Facetten, von der Antifa-Demo bis zur Geschichtswerkstatt, von Kampagnen für Entschädigungszahlungen bis zur ZeitzeugInnenarbeit, vom Antisemitismus-Lesekreis bis zum Nazi-Outing sind die Praxen und mit ihnen die gesetzten Schwerpunkte sehr unterschiedlich. Wir wollen den Tag vor dem 9. November nutzen, um über eben diese unterschiedlichen Praxen linksradikaler Geschichtspolitik zu diskutieren. Denn Geschichtspolitik findet nicht im luftleeren Raum statt. Sie ist eingebettet in die Bedingungen ihrer Zeit und bezieht sich ganz oft auch auf diese – sei es als Gegenbild zum Geschichtsrevisionismus von Nazis, Bundesregierung oder anderen AkteurInnen, sei es als Legitimation oder Bezugspunkt für aktuelles politisches Eingreifen z.B. gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie oder einfach als moralischer Fluchtpunkt, als Ausdruck von „Kein Vergeben, Keine Vergessen“ und „Nie Wieder!“. Der Bezug auf Geschichte ist immer auch ein Eingreifen in Aktuelles. Das bedeutet aber auch, dass sich die Bedingungen für Geschichtspolitik ändern und sie nicht immer die gleichen sind und bleiben können. Seien es die ZeitzeugInnen, die sterben, oder dass das deutsche Militär oder die Bundesregierung selbst einmütig dem Holocaust gedenken, es stellt sich die Frage, was das Spezifische an linksradikaler Gedenkpolitik ist. Ist eine solche Abgrenzung sinnvoll? Was ist unser Bezug auf die deutsche Vergangenheit? Wie hat sich dieser gewandelt? Was finden wir sinnvolle Eingriffspunkte und welche Bedeutung hat Geschichtspolitik für und in unseren aktuellen Kämpfen?

10 Uhr: Auftaktveranstaltung Podiumsdiskussion:

„Kein Vergeben – kein Vergessen! Unterschiedliche Formen linksradikaler Geschichtspolitik“

Das Auftaktpodium soll zeigen, welche verschiedenen Ansätze und Formen linksradikaler Geschichtspolitik es gibt. VertreterInnen von Initiativen zu Entschädigungszahlungen, aus der ZeitzeugInnenarbeit, Partisanenwanderungen u.ä. geschichtspolitischen Exkursionen, Alt- und Neunazi-Outing Gruppen und der kontinuierlichen Erinnerungsarbeit präsentieren ihre Arbeit und ihre Interventionen in die Geschichtspolitik der Regierung. Anhand ihrer jeweiligen Aktionsformen begründen verschiedene AktivistInnen, die AIM und der VVN ihre Ziele und den geschichtspolitischen Hintergrund ihres Eingreifens, wobei Bandbreite und Motivation linksradikaler Geschichtspolitik deutlich werden soll.

12 Uhr: 1. Workshopphase

„Zum Umgang mit der Geschichte“

In verschiedenen Workshops soll den Fragen nachgegangen werden, welchen Umgang mit der Geschichte es in der deutschen Linken gibt. Dabei sollen sowohl die im Auftaktpodium angerissenen Ansätze inhaltlich vertieft werden können, als auch andere Aspekte Raum finden, die eher für die Diskussion von Grundlagen für unser linkes Selbstverständnis relevant sind und weniger in konkreten Aktionen umsetzbar sind.

Mittagessen gegen Spende (Food For Action)

15 Uhr: 2. Workshopphase

„Die Bedeutung der Geschichte fürs Hier und Jetzt“

Während in den 50er/60er Jahren in der BRD der Kampf der Linken vor allem einer gegen das Schweigen und Verdrängen im unmittelbaren sozialen Umfeld und in den Institutionen war, stellt sich heute, unter veränderten gesellschaftlichen Vorzeichen, die Frage nach dem Umgang mit der Geschichte neu. Die offensichtlichen TäterInnen sterben aus, der ehemalige Außenminister meint Auschwitz läge im Kosovo und für Frau Schmidt und Herrn Mustermann ist der NS-Faschismus scheinbar auf Familienfeiern kein Streitthema mehr. Im Gegenteil, die bundesdeutsche Gesellschaft scheint sich einig: er sei bis ins Kleinste wissenschaftlich erforscht. Aber ist das so und selbst wenn? Wäre er damit auch in seiner gegenwärtigen Bedeutung erledigt? In diesem Block soll die Relevanz der Geschichte für unsere aktuelle linke Politik diskutiert werden. Was und wie kann und muss (linksradikale) Geschichtspolitik heute aussehen?

17.30 Uhr: Abschlussveranstaltung Podium

„Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären“

Die unterschiedlichen Themen und Positionen aus den beiden Blöcken sollen in zugespitzter Form auf dem Abschlusspodium noch einmal Raum finden und gemeinsam diskutiert werden können. Am Beispiel den Protesten gegen das so genannte „Heldengedenken“ in Halbe (FELS), der organisierten antifaschistischen Arbeit (ALB), der Kontinuität der antifaschistischen Intervention (VVN), der Neuorientierung in der Geschichtspolitik (N.N.) und dem Versuch des Brückenschlags aus den Lehren der Geschichte emanzipatorisch in die Gegenwart einzugreifen (AIM) soll der versuch unternommen werden, eine gemeinsame Position zu linker Geschichtspolitik zu finden und ihre Bedeutung für die tägliche Praxis in Form emanzipativer Veränderung der Gesellschaft für uns zu klären.

20 Uhr: Film

22 Uhr: Ausklang und Ende der Konferenz

Kontakt: volltagegen@gmx.de

auf sie. Die zwischen 15 und 17 Jahre alten Schüler waren auf ihrem Heimweg in der Oranienburger Straße. Dort stellte die von Zeugen alarmierte Polizei vier Verdächtige. In einer Gegenüberstellung mit den Schülern wurden ein 27- und ein 31jähriger Mann als Haupttäter ausgemacht. Der Hund wurde beschlagnahmt und in ein Tierheim gebracht.

In der Nacht zum 10. Februar beschädigten Unbekannte eine jüdische Gedenkstätte in Berlin-Steglitz. Sie zerstörten nach Angaben der Polizei mehrere Kränze und ein Buch an der »Spiegelwand« auf dem Hermann-Ehlers-Platz. Auf der zehn Meter langen »Spiegelwand« sind die Namen Hundert Steglitzer Juden eingraviert, die von den Nationalsozialisten in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Unbekannte beschmierten das Holocaust-Mahnmal in Berlin-Mitte mit einem Hakenkreuz und anderen rechtsextremen Symbolen. Eine Mitarbeiterin der Gedenkstätte bemerkte die Zeichen an einer der Stelen am 22. Februar.

Antisemitische Schmierereien wurden am 24. Februar bei der Polizei in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) angezeigt. Unbekannte hätten Lampen und Durchgänge beschmiert,

berichtete die Märkische Allgemeine.

In der Nacht vom 8. auf den 9. März beschmierten Unbekannte den Gedenkstein für die ehemalige Synagoge in Rheine (Nordrhein-Westfalen) mit einem Hakenkreuz und SS-Runen. In der Innenstadt wurden rechte Parolen an Häuserwände geschmiert sowie Stolpersteine übersprüht.

Unbekannte beschmierten in der Nacht auf den 11. März die Außenmauer der Gedenkstätte Sachsenhausen (Brandenburg) in der Nähe der »jüdischen Baracke« mit Hakenkreuzen. Zudem beschmutzten sie Gebäude des früheren SS-Truppenlagers und Gedenktafeln und Kreuze der Grabanlage »An den Dünen« mit rechtsextremen Schmierereien.





Land Berlin plant ein neues „Ausreiselager“

Öftmals über Jahre hinweg werden sogenannte „geduldete“ MigrantInnen gezielt in Unsicherheit gehalten. Ein entscheidendes Instrument in der Ausgrenzungs- und Abschiebungspolitik der BRD ist das Lagersystem.

Berlin unterhält sieben vertraglich gebundene Lager, das größte von ihnen liegt in einem Spandauer Industriegebiet, in der Motardstraße. Das Lager Motardstraße erfüllt zwei Funktionen:

Zum einen ist es seit 1998 offiziell eine „Erstaufnahmeeinrichtung“ für AsylbewerberInnen, die maximal drei Monate dort verbringen müssen. Zum anderen erfüllt die Motardstraße die Funktionen eines „Ausreisezentrums“, was das Land jedoch bestreitet.

Das „Ausreisezentrum“ Berlin Motardstraße

Seit 2006 werden dort immer mehr langjährig „geduldete“ MigrantInnen einquartiert. Sie müssen bleiben, bis alle „Sachverhalte geklärt“ sind. Einige müssen dort schon seit über einem Jahr ausharren. Hinter Stacheldraht werden die Leute gezwungen, in fünf Containerklötzen aus grauem Blech, die drei Stockwerke hoch sind, zu wohnen. Eine solche Behausung ist unzumutbar. In der Motardstraße leben zur Zeit mehr als 400 Menschen, die Anzahl der Plätze kann auf bis zu 625 ausgeweitet werden.

Die Einweisung in die Motardstraße bedeutet, dass ihnen die Chance auf eine Teilhabe am sozialen Leben verwehrt ist. Sie bekommen abgepacktes, minderwertiges Essen. Sie schlafen in einem Mehrbettzimmer, auf engstem Raum mit Menschen, die sie nicht kennen. Einen abschließbaren Schrank oder andere Orte für persönliche Dinge gibt es meist nicht. Die Duschen sind nicht abschließbar, die hygienischen Zustände sehr schlecht. Die dort Untergebrachten dürfen zwar das Lager verlassen, aber es liegt in einem Industriegebiet, in dem außer ihnen niemand wohnt. Fahrkarten, um woanders hinzugelangen, und sei es zur Behörde, zur Anwältin oder zur Ärztin, können sie sich ohne Geld nicht kaufen. Wer dennoch nicht auf ein soziales Leben verzichten möchte, bekommt weitere Probleme: Mensch muss ohne Fahrschein fahren, irregulär arbeiten, oder in die Illegalität abtauchen. Wer dabei erwischt wird, verliert jede Chance auf einen legalen Aufenthalt.

Die soziale Abschottung und der Aufbau psychologischen Drucks ist ein gewolltes Ziel des Lagersystems für MigrantInnen: Kein selbstbestimmter Alltag, unklare Perspektiven, das Herauszögern von amtlichen Vorgängen. Das ewige Abwarten-müssen soll die Leute psychologisch fertig machen.

Verantwortlich für die Einweisungen in das Lager Motardstraße sind die Ausländerbehörde des Landes Berlin und die Sozialämter der Bezirke.

Neues „Ausreisezentrum“ geplant

Wie aus einer „kleinen Anfrage“ an das Abgeordnetenhaus hervorgeht, plant das Land Berlin eine zweite sogenannte Sachleistungsunterkunft, vorrangig für Familien. Berlin erweitert damit die behördliche Schikane gegen MigrantInnen.

Tätigkeiten des Bündnis gegen Lager – Berlin/ Brandenburg

In den letzten 2 Jahren haben wir unter anderem Druck auf einige Bezirke ausgeübt. Mit einigem Erfolg: In mehreren Bezirken wurden die Einweisungen verringert. Nach Bekanntwerden der jetzt geplanten Ausweitung der Kapazitäten für eine Unterbringung in einer Sachleistungsunterkunft befürchten wir nun eine verschärfte Einweisungspraxis, sowohl des Landes als auch einiger Bezirke.

Schließung des Lagers Motardstraße!

Kündigung aller Verträge! Keine neue Sachleistungsunterkunft!

Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Lagersystem in der BRD und anderswo!

Kapitalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus bekämpfen!

*Bündnis gegen Lager – Berlin/Brandenburg
Kontakt: buendnis_gegen_lager@riseup.net
Infos: www.chipkartenini.squat.net*



Am 15. März wurde der jüdische Friedhof in Neustrelitz beschädigt. Unbekannte rissen das Eingangstor aus den Angeln und stießen Grabsteine um.

Zwischen dem 20. und dem 23. März wurde eine Gedenktafel am Busbahnhof im hessischen Eiterfeld gestohlen, die an eine ehemalige Synagoge erinnerte. In der Nähe des Ortes, wo im Jahr 2005 das 30 mal 40 Zentimeter große Kupfer-

schild angebracht worden war, fanden sich Wahlkampfflyer der NPD.

Zwei Rechtsextremisten beleidigten am 29. März im Stadtteil Adlershof (Berlin) Mitglieder des jüdischen Sportvereins TuS Makkabi bei einem Fußballspiel gegen den Adlershofer BC mit antisemitischen Sprüchen. Einer der beiden erhob seinen Arm zum »Hitlergruß« und grölte Naziparolen, der andere beschimpfte eine

Betreuerin als »Scheißjüdin«. Die 38 und 44 Jahre alten Männer wurden vorläufig festgenommen.

Unbekannte beschädigten eine Stele am Gedenk- und Lehrpfad für das ehemalige Konzentrationslager in Barth (Mecklenburg-Vorpommern). Sie zerkratzten die Fotos eines russischen und eines französischen Häftlings und ritzen eine SS-Rune in ein weiteres Foto, auf dem ein niederländischer

Gefangener abgebildet ist. Die Polizei entdeckte die Tat am 7. April.

Unbekannte haben den Jüdischen Friedhof in Weißensee im Berliner Bezirk Pankow an zwei Nächten in Folge verwüstet. Am Morgen des 30. April entdeckte eine Mitarbeiterin 19 umgestoßene Grabsteine und 13 aus dem Boden gerissene Säulen. Am Morgen des Vortags hatte ein Friedhofsgärtner an anderer Stelle ähnliche

Schäden entdeckt. Nach Angaben der Polizei hatten die Täter dort 23 große Grabsteine und zehn etwa 50 Zentimeter hohe Stelen umgeworfen.

Ein Mitarbeiter des Besucherservices des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin entdeckte am Abend des 22. Mai ein gesprühtes Hakenkreuz auf einer Stele.



Keine Träne für Deutschland – Aufruf zur Kundgebung gegen das Heldengedenken am Columbiadamm

Am 16. November ist es wieder so weit, auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm finden sich Wehrmachtveteranen, Mitglieder von soldatischen Traditionsverbänden, Vertriebenenverbänden, Burschenschaftler, rechtskonservative Politiker sowie alte und neue Nazis, wie der NPD-Landesvorsitzende Jörg Hähnel ein, um ihre Trauerkränze an den diversen Gedenkstätten für Wehrmachtssoldaten und anderen deutschen Soldaten abzuwerfen.

Veranstaltet wird das Ganze vom „Ring Deutscher Soldatenverbände Berlin“ bzw. deren Vizevorsitzenden Armin Brenker, der bereits als Autor für das Rechtsaußenblatt „Junge Freiheit“ auffällig geworden ist.

Die Liste der sich an dem „Gedenken“ beteiligenden Organisationen liest sich, wie ein „Who is Who“ geschichtsrevisionistischer bis hin zu offen NS-verherrlichenden Gruppierungen.

So war in der Vergangenheit die nach dem Krieg neugegründete ehemalige paramilitärische Truppe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), „Stahlhelm“, ebenso präsent, wie die „Ordensgemeinschaft der

Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes“, eine Vereinigung von Trägern der höchsten nationalsozialistischen Auszeichnung im 2. Weltkrieg, die sich im Laufe der Zeit auch jüngeren Nazis öffnete. Sogar die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V.“ scheint höchst willkommen zu sein, eine Vereinigung von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, die es sich zum Ziel gesetzt hat die Waffen-SS zu rehabilitieren und Opferzahlen von Nazi-Verbrechen, wie denen der Shoa, und alliierten Luftangriffen im 2. Weltkrieg gegeneinander aufzurechnen.

Wem wird eigentlich gedacht?

Die Ehrenmäler auf dem Friedhof sind unter anderem diversen Wehrmachtdivisionen gewidmet, deren Angehörige „starben auf das Deutschland lebe“. Dass die „Heldentaten“ dieser Soldaten nichts anderes waren, als die Beteiligung am nationalsozialistischen Vernichtungskrieg findet dabei keine Erwähnung. Auch mit dem sogenannten „Hererostein“ werden Mitschuldige an einem Völkermord in der damaligen deutschen Kolonie „Südwestafrika“, dem mehr als 80.000 Mitglieder des Stammes

der Herero zum Opfer fielen, gedacht und diese zu vermeintlichen Helden gemacht.

Wozu das Ganze?

Die Absicht hinter dem Treiben ist so offensichtlich wie perfide. Die im Krieg gefallenen deutschen Soldaten sollen unter Ausblendung der von ihnen begangenen Verbrechen zu vermeintlich gleichberechtigten Opfern des Krieges erklärt werden. Geschichtliche Abläufe werden verfälscht und/oder aus dem Zusammenhang gerissen und zur Konstruktion eines Mythos von heldenhaften deutschen Soldaten missbraucht, die, ebenso wie ihre Opfer z.B. Juden und Jüdinnen, zu unschuldigen Opfern des Krieges wurden. Die Strategie scheint klar: Die Shoa und der von Deutschland begonnene 2. Weltkrieg wird zu einem Verbrechen unter vielen, Wehrmacht und Waffen-SS zu einer „normalen“ Armee, deren Soldaten nur ihre Befehle ausführten, wie es Soldaten schon seit Jahrtausenden tun und getan haben.

Deutsche Täter sollen von ihrer Schuld reingewaschen werden, indem man sie in vermeintliche Opfer umdeutet. So kann unter Nichtberücksichtigung der verbre-

cherischen Vorgeschichte und des menschenverachtenden Charakters ihrer Taten, unverkrampft und unreflektiert ihrer angeblichen heldenhaften Pflichterfüllung gedacht werden. Dabei wird nicht nur die Geschichte verfälscht und die singulären NS-Verbrechen relativiert, sondern auch die Opfer der Shoa nachträglich verhöhnt.

Was tun?

Wir rufen euch daher auf dieser alljährlichen Gruselveranstaltung entschieden entgegenzutreten und euch an den Gegenaktivitäten zu beteiligen. Geschichtsrevisionismus, Realitätsverfälschung und der Verhöhnung der Opfer muss ein Ende gesetzt werden.

Deshalb kommt alle am 16. November um 10 Uhr zum Friedhof Columbiadamm

Deutsche Täter sind keine Opfer – und schon gar keine Helden! Nein zu nationalem Heldengedenken und Traditionspflege! Gegen jeden Geschichtsrevisionismus – Keine Träne für Deutschland!!!

Wenn das erste Lichtlein brennt... Antifa-Event statt Nazi-Advent!

Naziaufmarsch am 6. Dezember in Berlin? – Sabotieren! Blockieren! Verhindern!



Alle Jahre wieder! Da sind sie schon wieder! Seit 2003 marschieren pünktlich zur Weihnachtszeit hunderte Nazis durch Berlin, um für ein so genanntes „Nationales Jugendzentrum“ zu demonstrieren. Während die ersten Aufmärsche lediglich regionale Bedeutung für die hiesige Naziszene hatten, trotteten im letzten Jahr erstmalig mehr als 600 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet durch die Straßen Berlins.

Für die geschwächte neonazistische Szene in Berlin ist der Aufmarsch im Dezember die einzige eigene und relevante Aktivität. Seit den Nachwuchs-Nazis 2002

ihr illegaler „Führerbunker“ im Berliner Südosten staatlicherseits abspenstig gemacht wurde und einschlägige Führungskader Hausverbote in lokalen Jugendeinrichtungen erhielten, versuchen sie der Kommunalpolitik mit Petitionen, Flugblattverteilungen, symbolischen Besetzungen abrisssreifer Gebäude und jährlichen Aufmärschen ein Gebäude für Jungnazis abzutrotzen. Nach den Verboten der örtlichen Kameradschaften wurde es um die Neonazi-Kampagne jedoch ziemlich ruhig. Als dann 2006 der Aufmarsch fast scheiterte, nachdem hunderte Menschen stundenlang die Route blockierten, drohte der damalige NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuniger mit einer bundesweiten

Nazi-Mobilisierung. Gesagt, getan, schob sich tatsächlich 2007 eine ganz gehörige Anzahl Nazis durch den Berliner Südosten. Und in diesem Jahr ist von einer Wiederholung des Spuks auszugehen!

Der schmale Grad – die Rolle der NPD

Ohne die tatkräftige Unterstützung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) wäre der Aufmarsch im vergangenen Jahr so kaum möglich gewesen: Der Großteil der teils prominenten Redner hatte ein Parteibuch vorzuweisen. Zugleich entstammt diese Rednerschaft mitunter dem parteiunge-

bundenen Spektrum der „Freien Kameradschaften“, wie beispielsweise der aktuelle JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer. Auch der Anmelder Sebastian Schmidtke, der seine ‚Karriere‘ bei der Kameradschaft „Märkischer Heimatschutz“ begann, ist heute Funktionär der Berliner JN und eine tragende Säule der „Freien Kräfte Berlin“, die als Veranstalter des Aufmarschs am 6. Dezember auftreten.

Im Zuge der Kameradschafts-Verbote im Jahr 2005 avancierte der mitglieder-schwache Berliner NPD-Landesverband mitsamt JN für einen Teil der Kameradschafts-Nazis zum Auffangbecken. Außerdem pflegt die hiesige NPD ein recht ent-

Die KZ-Gedenkstätte Belower Wald (Brandenburg) ist angegriffen worden. Die unbekanntesten Täter beschädigten in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni Blumenbehälter am Mahnmahl und das Eingangstor der Gedenkstätte. Zudem versuchten sie, ein Fenster des Museums für die Opfer des Todesmarsches einzuschlagen. Das Sicherheitsglas hielt aber stand. Der Direktor der

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Günter Morsch, reagierte bestürzt: »Der erneute Angriff auf das Museum des Todesmarsches erschreckt uns und erfüllt uns mit großer Sorge.« Im September 2002 war das Museum bei einem Brandanschlag beinahe vollständig zerstört worden.

Unbekannte warfen am Morgen des 16. Juni einen Stein durch die Scheibe eines jüdischen Gebetsraums in

Pinneberg (Schleswig-Holstein). Wie der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde der Stadt, Wolfgang Seibert, sagte, sei der Stein mit großer Wucht eingeschlagen und mehrere Meter durch den Raum geflogen. Noch am selben Tag erhielt die jüdische Gemeinde einen Anruf, in dem ein Mann drohte: »So was kann öfter passieren. Ihr habt keine Ruhe mehr. Sieg Heil.« Nach eigenen Angaben sahen sich Mitglieder der Gemein-

de in jüngster Zeit häufig antisemitischen Beschimpfungen ausgesetzt.

In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni besprühten Unbekannte eine Mauer des Israelitischen Friedhofs in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) mit Hakenkreuzen. Desweiteren wurde ein Hakenkreuz auf einen Elektroverteilerkasten unweit des Friedhofs gesprayt.

Am 9. Juli beschmierte ein Mann aus Sachsen das Holocaust-Denkmal in Berlin-Mitte. Ohne gestört zu werden, sprühte er minutenlang auf Stelen des Mahnmahls, unter anderem die Zahlenkombination »884«, die für »Heil Hitler Deutschland« steht. Anstatt ihn daran zu hindern, fotografierten Passanten den 28jährigen dabei, wie die Bild-Zeitung berichtete. Der Mann wurde von der Polizei festgenommen, der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernom-

spanntes Verhältnis zu den „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB). Dabei handelt es sich nicht um einen festen Personenzusammenschluss, sondern vielmehr um ein Label, das die Nazis nutzen, um Aktionen durchzuführen, die das Strafgesetzbuch missbilligt. Auch kann die Berliner NPD als eindeutig neonazistisch eingeschätzt werden. Eindeutige Bezüge zum historischen Nationalsozialismus sind keineswegs selten. Der neue Landesvorsitzende Jörg Hänel fällt des öfteren durch rassistische und geschichtsrevisionistische Hetzreden auf. Dass der bundesweit schwelende Dissens zwischen NPD und „Autonomen Nationalisten“ in Berlin kaum eine Rolle spielt, ist somit ganz klar personellen Überschneidungen beider Lager geschuldet. Dementsprechend formierte sich 2007 ein ganz beachtlicher „nationaler Schwarzer Block“, dem ein wenig begeisterter NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt voranstolperte. Das Beispiel zeigt, welche Gratwanderung Voigt macht, wenn er sich in Pamphleten und Reden gegen den Habitus der „Autonomen Nationalisten“ wendet und plötzlich auf einem Aufmarsch hunderte von diesen im Rücken hat.

Die NPD nutzt ihre Präsenz in einigen Kommunal-Parlamenten Berlins, um auf die Forderung nach einem „Nationalen Jugendzentrum“ aufmerksam zu machen. So brachten die gewählten Nazis einen Antrag für eben solches Jugendzentrum ein und versuchten, den Protest gegen die Naziaufmärsche zu diskreditieren. Schwerwiegender scheint jedoch die ständige Hetze gegen nicht-rechte und alternative Jugendeinrichtungen und Projekte, die den Nazis ein Dorn im Auge sind.

So geht das schon viele Jahre – Die Forderung nach einem „Nationalen Jugendzentrum“

Dass Neonazis „Nationale Jugendzentren“ fordern ist nichts Neues: Bereits Anfang der 1990er besetzten sie ein ganzes Haus im bis heute als ‚rechter‘ Stadtteil berüchtigten Berliner Weitingkiez. Das thüringische Jena hat sein eigenes „Braunes Haus“. Erst Anfang des Jahres geriet der „Bunker 88“ im brandenburgischen Lübben in die Schlagzeilen, als er wegen eines Nazi-Konzertes gestürmt und anschließend geschlossen wurde.

Forderungen nach einem „Nationalen Jugendzentrum“ sind kleine Schritte, die der Erlangung der „kulturellen Hegemonie“ (nach Gramsci) dienen sollen. Wenn Neonazis nach „Freiräumen“ für die „deutsche Jugend“ schreien, so propagieren sie das Konzept der „national befreiten Zone“ und die NPD-Strategie des „Kampfes um die Straßen“: So sollen ganze Stadtteile und Regionen erobert werden, in denen Migrant_innen, Juden und Jüdinnen, Homosexuelle, behinderte Menschen, alternative beziehungsweise nicht-rechte Jugendliche und Linke nichts verloren haben. Wer nicht ins völkische Streichholzschachtel-Weltbild passt, muss Schikanen jeglicher Art über sich ergehen lassen und mitunter um sein Leben fürchten. Und das ist durchaus ernst gemeint. Seit der sogenannten deutschen Wiedervereinigung wurden mehr als 140 Menschen von Nazis ermordet. Allein im August dieses Jahres starben in Deutschland drei Personen.

Ein „Nationales Jugendzentrum“ ist Ausgangs- und Rückzugspunkt für militante Angriffe auf mißliebige Menschen, bietet Infrastruktur für Nazi-Konzerte und Schulungsveranstaltungen und stellt zudem eine optimale Grundlage für die Rekrutierung junger Nachwuchs-Nazis dar. Doch auch ohne eigene Heimstätte finden die Jugendlichen mit NS-Affinität in etli-

chen Jugendfreizeiteinrichtungen Unterschlupf und bei so manchem Sozialarbeiter ein offenes Ohr. Derartige „akzeptierende Jugendarbeit“ löst keine Probleme. Sie ist das Problem!

Nur die Rute für die Nazis – Der Gesamtschweiß entgegenreten!

Statt also Nazis zu hofieren, ist es wichtig, nicht-rechte und alternative Jugendliche und Jugend-Kulturen zu unterstützen. Jedes unabhängige und linke Jugendzentrum, jedes besetzte Haus und jedes antifaschistische Festival stellen einen Stolperstein für die Nazis dar. Und wir werden den Neonazis nicht nur am 6. Dezember Steine in den Weg legen!

Unser Protest richtet sich jedoch nicht ausschließlich gegen eine kleine Gruppe von Nazis. Wir wollen nicht ausblenden, dass ein großer Teil der weißen deutschen Bevölkerung rassistische Ansichten vertritt. Wir vergessen nicht, dass den rassistischen Pogromen gegen Flüchtlingsheime Anfang der 1990er in Rostock-Lichtenhagen, Mannheim-Schönau und anderswo, eine beispiellose rassistische Debatte in der bundesdeutschen Politik über alle Parteigrenzen hinweg vorausente. Wir greifen ein, wenn Politiker_innen die deutsche Abschiebepolitik verteidigen und daraufhin Migrantinnen und Migranten auf offener Straße gewaltsam attackiert werden. Wir ignorieren niemals, wenn in Literatur und Geschichtsschreibung antisemitische Klischees bedient werden, um die Shoa zu relativieren, gegen den Staat Israel zu hetzen und Jüdinnen und Juden in Deutschland anzugreifen. Wir sehen durchaus Zusammenhänge, wenn große Zeitungen gegen HartzIV-Empfänger_innen pöbeln und anschließend Obdachlose durch die Straßen deutscher Kleinstädte

gejagt werden. Deshalb müssen wir an jedem Tag im Jahr rassistischen Angriffen, homophoben Sprüchen, antisemitischen Schmierereien, dem schwarz-rot-goldenen Fahnen-Hype und der bundesdeutschen Abschiebepaxis entgegen treten! Es geht gegen die ununterbrochene Diffamierung von HartzIV-Empfänger_innen in den Medien, revisionistische Homann-Reden, beleidigende Staatsbürgerschaftstests und rassistisch-motivierte Polizeikontrollen! Uns nerven deutsche Opfermythen, die Hetze gegen linksradikale Strukturen, antisemitische Fußballfans und sexistische Discoprolls! Auf datensammelwütige Schlapphüte, kriegsbegeisterte Außenminister und Guido-Knopp-Geschichtsverdrehung werden wir angemessen antworten. Mit unserem Widerstand gegen Nazis und andere regressive Idiot_innen wollen wir auch ein Zeichen gegen den alltäglichen Wahnsinn setzen. Wir treten für eine emanzipatorische Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse ein – gegen rassistische Hetze und kapitalistische Ausbeutung.

Wir, antifaschistische und linke Gruppen, rufen dazu auf, den Naziaufmarsch am 6. Dezember 2008 in Berlin zu verhindern! Durch zahlreichen, vielfältigen und lautstarken Protest wollen wir gemeinsam die Route der Nazis blockieren. Machen wir den neonazistischen Ausflug zu einem Desaster!

Achtet auf Ankündigungen!
Infos unter:
[antifa-dezember.de.vu!](http://antifa-dezember.de.vu)



men, und die Stelen wurden gesäubert.

Unbekannte beschmierten auf dem jüdischen Friedhof in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) acht Grabsteine mit rechtsextremen Symbolen. Das teilte die Polizei am 17. Juli mit. Die Schmierereien waren bereits am Tag zuvor entdeckt worden. Die Unbekannten sprühten Hakenkreuze sowie die Abkürzung »c18« der Neonazi-Organisation

»Combat 18« auf die Grabsteine.

Am 19. Juli verprügelten mehrere Männer in Gummersbach (Nordrhein-Westfalen) einen 17jährigen auf einer Geburtstagsparty. Wie Augenzeugen und die Kölnische Rundschau berichteten, sprach der Jugendliche über seinen jüdischen Glauben. Daraufhin trafen zwei bis vier mit Messern bewaffnete Männer auf der Party ein und schlugen so lange auf ihn ein, bis er zeitweise

das Bewusstsein verlor. Dabei sollen sie »Du dreckige Judensau« geschrien haben. Abschließend hätten die Täter den Jugendlichen einen Abhang hinuntergeworfen, wo er gegen einen Baum geprallt sei, berichtete Oberberg aktuell. Der 17jährige rief seine Schwestern per Telefon zur Hilfe, auch sie seien bei ihrem Eintreffen am Tatort bedroht worden. Die Kölnische Rundschau berichtete, dass mehrfach der Hitlergruß gezeigt wurde. Der 17jährige musste

im Krankenhaus behandelt werden.

Unbekannte Täter warfen auf dem jüdischen Friedhof in Cottbus (Brandenburg) 13 Grabsteine um. Beschäftigte der jüdischen Gemeinde bemerkten dies am Morgen des 28. Juli, wie die Stadtverwaltung mitteilte. Nach Polizeiangaben wurden einige der Steine und Skulpturen beschädigt. Der Sachschaden beträgt nach dem derzeitigen Kenntnisstand etwa 5.000 Euro.

Zum wiederholten Mal in diesem Jahr erhielt die Jüdische Gemeinde in Frankfurt an der Oder (Brandenburg) einen anonymen antisemitischen Drohbrief. Derartige Schreiben seien auch bei einer Tageszeitung eingegangen und in den Regionen Cottbus und Potsdam aufgetaucht, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft am 28. Juli. Erst gut zwei Wochen zuvor war ein ähnlicher Brief aufgetaucht, dem ein Einbruch im Gemein-



TERMINE

23.10.2008 | 20:00 Uhr | Tristeza

Infoveranstaltung:

Gruseln auf dem Garnisonfriedhof
veranstaltet von der Autonomen Neuköllner Antifa [ANA]

Jährlich treffen sich im November am Columbiadamm, Neukölln, aktive Bundeswehr- und ehemalige Wehrmachtangehörige, soldatische Traditionsverbände, Burschschafter, alte und neue Nazis und viele mehr zum „Volkstrauertag“, um ihre gefallenen Deutschen zu beweinen und sie gleichzeitig als Opfer zu stilisieren. Wir möchten Euch einen geschichtlichen Überblick über das bisher Geschehene geben und Euch über unsere Kritik am sogenannten „Volkstrauertag“, die prägnantesten Denkmäler, aber auch die bisherigen antifaschistischen Aktionen informieren.

Die Veranstaltung findet statt im Rahmen der antifaschistischen Veranstaltungsreihe „beat up your brain“.

| Im Tristeza, Pannierstr. 5, 12047 Berlin |

03.11.2008 | 19:00 Uhr | JUP

ANTIFA-Café „70 Jahre danach:
Die Reichspogromnacht am 9. November 1938“

Infoveranstaltung zum antisemitischen Pogrom und Dokumentarfilm zum Thema. Inge Lammel beleuchtet im Anschluß die Ereignisse um den 9. November 1938 in Pankow. Organisiert von Antifaschistischen Jugendlichen aus Pankow [AJAP], Emanzipative Antifaschistische Gruppe, VVN-BdA Berlin-Pankow e.V., JUP e.V.

| Florastraße 84, S-Bhf Pankow |

04.11.2008 | 18:00 Uhr | Jüdischer Friedhof Weißensee

Rundgang zu jüdischem Leben in Weißensee mit Marcus Bensig. Veranstaltet von North-East Antifascists (NEA).

| Herbert-Baum-Str. 45 || Infos nea.antifa.de |

05.11.2008 | 19:00 Uhr | JUP

Mobi-Veranstaltung zur Demo am 15.11. in Pankow und der Nazisituation in Pankow.

Organisiert vom Demobündnis

| Florastraße 84, S-Bhf Pankow |

06.11.2008 | 19:00 Uhr | Café Multi-Kulti des InterKULTUREllen Hauses

Filmabend in Erinnerung an die Opfer der Pogromnacht mit „Am Ende kommen Touristen“ (2007 von Robert Thalheim).

Veranstaltet vom Pankower Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt.

| Schönflieger Str.7 |

06.11.2008 | 19:30 Uhr | Bunte Kuh

Abendveranstaltung
„Antisemitismus - gestern und heute“ mit Gerhard W. Hanloser.

Veranstaltet von NEA.

| Bernkasteler Str. 78 |

08.11.2008 | 10:00 Uhr | Vor dem ehemaligen Jüdischen Waisenhaus

Rundgang zu Stätten ehemaligen Jüdischen Lebens in Pankow anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht.

Mit Inge Lammel (VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.)

| Berliner Str. 120/121, nahe S- & U-Bhf. Pankow |

08.11.2008 | 13:00 Uhr | Betsaal des ehemaligen Jüdischen Waisenhaus

Präsentation eines neuen Buches über die Geschichte des Waisenhauses. Veranstaltet vom Verein der Förderer und Freunde des ehemaligen Jüdischen Waisenhauses

| Berliner Str. 120/121, nahe S- & U-Bhf. Pankow |

09.11.2008 | 11:00 Uhr | S/U-Bhf Lichtenberg (Ausgang Siegfriedstraße)

Rundgang zu Stätten jüdischen Lebens Bereits zum dritten Mal veranstaltet die Antifa Hohenschönhausen in Zusammenarbeit mit anderen Initiativen zum Jahrestag der Reichspogromnacht einen Rundgang.

Nach Hohenschönhausen und Karlshorst findet der Rundgang dieses Jahr in Zentral-Lichtenberg statt und thematisiert das jüdische Leben vor 1933 und die Verfolgung und Deportation von Lichtenberger Jüdinnen und Juden.

15.11.2008 | 14:00 Uhr | S/U-Bhf Pankow

Antifaschistische Bündnisdemonstration angesichts von fortdauernden rechts-extremen Aktivitäten und rechten Übergriffen in Pankow

| Infos www.kein-kiez-fuer-nazis.de.vu |

20.11.2008 | 20:00 Uhr | Familiengarten

Zwischen Opferstatus und Mittäterschaft -

Der nationalsozialistische Reichsbund der Körperbehinderten

Eine Veranstaltung des ak mob gemeinsam mit Dr. Petra Fuchs

Die jüdische Pädagogin Irma Dresdner zählte zu den ersten Opfern der Gleichschaltung des „Reichsbundes der Körperbehinderten“ nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Ihre letzte Publikation „Über Körperbehinderung und seelische Entwicklung“ erschien zeitgleich mit dem Ausschluss der jüdischen Gefährten aus der seit 1919 aktiven Selbsthilfebewegung, die ihren Schwerpunkt in Berlin hatte. Als einzige vom NS-Regime anerkannte Vertretung der Körperbehinderten im Dritten Reich war der Reichsbund jedoch nicht nur Opfer der politischen Verhältnisse, sondern er beteiligte sich aus eigener Initiative auf vielfältige Weise an der Ausgrenzung von jüdischen, „erbkranken“, leistungsschwachen und geistig behinderten Menschen.

| Oranienstr. 34 (HH, barrierefrei), M29 Adalbert/O-Str., U-Bhf Kotti, akmob@gmx.de |

Filmveranstaltung mit dem Zeitzeugen Paul Brune „Lebensunwert“ Der Weg des Paul Brune. NS-Psychiatrie und ihre Folgen Ein Film von Monika Nolte und Robert Krieg 45min., 2005

Paul Brune studierte Germanistik und Philosophie und wollte Lehrer am Gymnasium werden. Eine Irrenhausakte aus der Nazizeit zerstörte sein Leben.

In einem kleinen Dorf am Rande des Sauerlandes wird Paul Brune 1935 geboren.

Als er acht Jahre alt ist, diagnostiziert ein von der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“ überzeugter Arzt bei ihm ererbte „Geisteskrankheit - Debilitis, Psychopathie“. Paul Brune wird als „lebensunwert“ verdammt und zur Euthanasie erfasst. Er wird in eine der „Idiotenanstalten“ eingewiesen, in denen auch nach dem offiziellen Euthanasiestopp 1941 weiter mit Medikamenten, Hunger und Gewalt gemordet wird.

Als 1945 die Nazi-Herrschaft vorüber ist, bleiben sowohl die Vorurteile als auch die menschenverachtenden Verhältnisse in den psychiatrischen Anstalten. Bis 1957 lebt Paul Brune in Heimen und als Knecht bei „Pflegefamilien“ auf dem Land, die ihn als billige Arbeitskraft ausbeuten. Menschliche Zuneigung ist ein Fremdwort. Schließlich erreicht Paul Brune aus eigener Kraft die Aufhebung seiner Entmündigung und kämpft für das Recht, die ihm vorenthaltene Bildung nachzuholen. Dank seines eisernen Willens gelingt es ihm, Abitur zu machen und sein Studium in Germanistik und Philosophie zu Ende bringen. Lehrer werden kann er aber nicht. Immer wieder taucht die alte Irrenhausakte aus der Nazi-Zeit auf. Erst im Jahr 2003, nach fünf Petitionen, wird er als Verfolgter des Nazi-Regimes anerkannt. Kaum einem überlebenden Euthanasie-Opfer ist das gelungen.

Dennoch bleiben Fragen: Warum tun sich die politisch Verantwortlichen in der BRD noch heute so schwer, Nazi-Urteile aufzuheben, die auf der Ideologie der Rassenhygiene beruhen?

Paul Brune lebt heute in Bochum Er wird auf der Veranstaltung anwesend sein und für Fragen zur Verfügung stehen

Sonntag, 2. November, 18:00

Filmrauschpalast, Kino der Kulturfabrik Moabit, Lehrter Str. 35, 10557 Berlin Bus 123, Kruppstr. Veranstalterin: Antifaschistische Initiative Moabit



Ausstellung: „Es brennt!“

Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum
Oranienburger Str. 28/30, 10117 Berlin

2008 jährt sich zum siebzigsten Mal der antijüdische Terror der Nationalsozialisten vom November 1938. Ab dem 6. November 2008 wird die Ausstellung bisher wenig bekannte Fotografien aus den Jahren 1938 und 1939 zeigen. Unter den Bildern befinden sich auch Aufnahmen, die als Beweismittel in Justizverfahren der Nachkriegszeit dienten. Sie verdeutlichen das Ausmaß der Gewalt und öffentlichen Demütigungen

der Juden im Deutschen Reich. Die Ausstellung nimmt dabei Bezug auf den Raum, in dem sie gezeigt wird. Die Vorhalle der Neuen Synagoge war der Ort der Begegnung und des Austausches von Beterinnen und Beter vor und nach den Gottesdiensten. Die Ausstellung bringt hier - im übertragenen Sinn - ihre Stimmen erneut zu Gehör: Audiostationen präsentieren frühe biographischen Zeugnisse der Erfahrungen deutscher Juden im November 1938.

Ausstellung: „Verraten & Verkauft.“ Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945“

24. Oktober bis 29. November 2008 im Foyer des Hauptgebäudes der Humboldt Universität, Unter den Linden 6, 10117 Berlin zu sehen sein. Ausgrenzungsprozesse und Überlebensstrategien. Kleine und mittlere jüdische Gewerbeunternehmen in Berlin 1930/31-1945 Eine Ausstellung des Vereins Aktives Museum www.aktives-museum.de

Deutsches Jahr

dehaus folgte. Dabei wurden zwei Kassetten, davon eine mit Geld, und ein Computer mit sensiblen Personendaten entwendet.

Zum wiederholten Mal wurde am 23. August das Holocaust-Mahnmal in Berlin-Mitte beschädigt. Ein Wachschützer entdeckte insgesamt elf Hakenkreuze, die Unbekannte in roter und schwarzer Farbe an

der Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas angebracht hatten.

In der Nacht zum 29. August haben Unbekannte einen vergoldeten Davidstern aus dem jüdischen Friedhof in Mainz gestohlen. Wie die Polizei berichtete, kletterten die Täter auf die Glaskuppel der Trauerhalle und entwendeten den ungefähr 40 mal 40 Zentimeter großen Davidstern. In einer Stellungnahme be-

zeichnete die jüdische Gemeinde der Stadt den Diebstahl als »symbolischen Angriff« auf ihren Glauben.

In der Nacht zum 24. September wurden die Fensterscheiben der Geschäftsstelle der Partei »Die Linke« in Gadebusch (Mecklenburg-Vorpommern) großflächig mit Hakenkreuzen, Beschimpfungen und Parolen beschmiert. Zu lesen war unter anderem »Wehret Euch«, »Judenrepublik« und »NPD«. Die

Bundestagsabgeordnete Martina Bunge, die dort ihr Wahlkreisbüro hat, sprach von antisemitischen und den Faschismus verherrlichenden Aussagen.

Wie der Tagesspiegel nach einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage von Petra Pau (»Die Linke«) berichtete, registrierte die Polizei 237 Beschädigungen von jüdischen Friedhöfen in den Jahren 2002 bis 2006. Das entspricht

nahezu einem Fall pro Woche.

Impressum

AIM
Postfach 210 235, 10502 Berlin
aim@gmx.de,
www.antifa-moabit.de.vu

Unterstützer_innen:
Antifa Prenzlauer Berg, Initiative gegen das Chipkartensystem, Antifa TU

V.i.S.d.P.:
M.Meier, Alt Moabit 25, 10555Berlin